

Zeitschriftenlese

Archiv für Presserecht

Jg 30 (1999) Nr 4

Bethge, Herbert: Rechtsberatung durch Rundfunkveranstalter. – S. 309 – 317

Macht, Klaus: Die Zulässigkeit der Veröffentlichung illegal erlangter Informationen. – S. 317 – 325

Rath-Glawatz, Michael: Rechtsfragen zur digitalen Anzeigenübermittlung. – S. 325 – 329

Jg 30 (1999) Nr 5 – 6

Limbach, Jutta: 50 Jahre Pressefreiheit. – S. 413 – 416

Ausgehend von den historischen Wurzeln der Pressefreiheit und den die verfassungsrechtliche Vorstellung leitenden Gedanken der „öffentlichen Aufgabe der Presse“ skizziert die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts die Grundlagen der Pressefreiheit in Deutschland. Die Autorin betont die Notwendigkeit, die Pressefreiheit auch gegen einschüchternde Effekte abzusichern, stellt aber auch heraus, dass die bevorzugte Stellung den Journalistinnen und Journalisten nur um ihrer Aufgabe Willen eingeräumt wird.

Rehm, Gebhard M.: Persönlichkeitsschutz Prominenter und Pressefreiheit der Unterhaltungsmedien. – S. 416 – 425

Der Autor nimmt eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (AfP 1999, 350) zum Anlass, zur Frage Stellung zu nehmen, wie die Grenze zwischen allgemeinem Persönlichkeitsrecht und Pressefreiheit bei der Berichterstattung über Prominente zu bestimmen ist. Die vom BGH zugrunde gelegte Differenzierung nach Qualität der Publikation erscheint ihm zur Lösung des Interessenkonfliktes ungeeignet und überflüssig. Er empfiehlt, Konflikte dieser Art vor allem nach dem Grad der Beeinträchtigung des Betroffenen in seinem Persönlichkeitsrecht zu lösen. Er mahnt an zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Handel mit unkörperlichen Informationen um eine Dienstleistung im Sinne des EG-Vertrages handelt, so dass bei Fällen der untersuchten Art europarechtliche Aspekte zu berücksichtigen seien.

Berst, Sascha: Anzeigenblätter und Lesezeitschriften zwischen Wettbewerbsrecht und Pressefreiheit. – S. 425 – 429

Der Beitrag setzt sich kritisch mit den Lösungen auseinander, die die Rechtsprechung für den Konflikt zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Zeitschriften heraus gearbeitet hat. Der Autor geht davon aus, dass im Lichte von Art. 5 GG der kostenlose Vertrieb eines Anzeigenblattes grundsätzlich nicht unzulässig sein kann, auch dann nicht, wenn von ihm ernsthafte Gefahren für entgeltliche Zeitschriften ausgehen. Die Überlegung, Art. 5 GG schütze die Abhängigkeit der Presse von einer Kaufentscheidung

überzeugt den Autor nicht. Die Entscheidungsfreiheit des Lesers sei auch durch kostenlos verteilte Anzeigenblätter nicht beeinträchtigt.

Pichler, Rufus: Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit und neue Medien: Zwischen interessengerechter Auflösung von Rechtsgutkollisionen und „Zensur“. – S. 429 – 439

Als problematisch im Verhältnis zwischen Meinungsfreiheit und Kunstfreiheit auf der einen und Persönlichkeits- und Jugendschutz auf der anderen Seite erweist sich nach Auffassung des Autors bei den neuen Medien, dass Abwägungsentscheidungen zunehmend von privaten und damit nicht unmittelbar grundrechtsverpflichteten Host-Providern getroffen werden. Dem hat der Staat dadurch Rechnung zu tragen, dass er bei der Ausgestaltung der betreffenden Haftungsregeln auf die Grundrechtsposition der dadurch mittelbar betroffenen originären Inhaltsanbieter berücksichtigen muss. Sind Meinungs- und Kunstfreiheit berührh, so kommt eine Haftung des Host-Providers nur in Ausnahmefällen in Betracht. Bei der Entscheidung, welche Inhalte er grundsätzlich bereithalten will, sei der Host-Provider indes frei. Ein Kontrahierungszwang bestehe nicht. Besondere Gefahren für die Meinungsfreiheit sieht der Autor zukünftig in der „Proprietärisierung der Netze“. Was der neue § 19 Abs. 4 Nr. 4 GWB für konkurrierende Unternehmen garantieren wolle, müsse über § 826 BGB auch für den privaten Informationsanbieter und -nachfrager sichergestellt werden.

Paulweber, Michael: Eine Super-Medienbehörde in Deutschland?: Ein Beitrag zur Organisation der Regulierung bei zunehmend technischer und wirtschaftlicher Konvergenz von Medien, Telekommunikation und Informationstechnologie. – S. 439 – 450

Der Autor untersucht ausgehend von Modellen, die die britische Regulierungsbehörde OFTEL entwickelt hat, welche Aufsichtsstrukturen angesichts der Konvergenz für den Bereich Medien, Telekommunikation und Informationstechnologie vorzugs würdig ist. Der Autor wendet sich vor diesem Hintergrund gegen eine Ausweitung sektorspezifischer Regulierungsordnungen und spricht sich für eine Rückführung wettbewerbsrechtlicher Kompetenzen auf eine bereits übergreifend zuständige Kartellbehörde aus. Inhaltliche und technische Regulierungsfragen sollten dem Autor zufolge – sofern überhaupt erforderlich – durch sektorspezifische Behörden übernommen werden.

Comm/Ent

Jg 21 (1999) Nr 2

Calkins, Mary Lynne: Censorship in Chinese cinema. – S. 239 – 338

Filme, die in China produziert oder aufgeführt werden, unterliegen einer strengen staatlichen Kontrolle. Der Beitrag stellt das System der Zensur in diesem Bereich dar und macht deutlich, dass Zensur in China weniger im Aufstellen abstrakter Regelungen besteht, sondern vielmehr in einem Verhandlungssystem, das

den Produktionsprozess permanent kontextuell beeinflusst.

Greene, K. J.: Copyright, Culture & Black Music: A Legacy of Unequal Protection. – S. 339 – 392

Der Beitrag stellt dar, dass afroamerikanische Musiker – als Gruppe – vom amerikanischen Copyright-System lange Zeit systematisch benachteiligt wurden. Der Beitrag plädiert dafür, bei der Entwicklung eines neuen Copyright-Systems die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Morr, Alison L.: Hong Kong's Copyright Ordinance: How the Ban on Parallel Imports Affects the U.S. Entertainment Industry and Hong Kong's Free Market. – S. 393 – 432

Chu, Nicole: Bowie Bonds: A Key to Unlocking the Wealth of Intellectual Property. – S. 469 – 500

Grushkin, John C.: Signal Bleed: Congress Attacks When it Sounds Like Sex. – S. 500 – 534

Scher, Jefferson F.: Swapping claims in cyberspace: legal/technical context and negotiation strategies for domain name deals. – S. 545 – 582

Jg 21 (1999) Nr 3

Sinrod, Eric S.; Reyna, Jeffrey W.; Jolish, Barak D.: The new wave of speech and privacy developments in cyberspace. – S. 583 – 599

Der Beitrag untersucht Regulierungsansätze zum Jugendschutz und zum Datenschutz im Internet durch staatliche Institutionen in den USA, die Europäische Union und Bemühungen der Industrie um eine Selbstregulierung. Der Beitrag verschafft einen Überblick über die Aktivitäten und benennt verfassungsrechtliche Bedenken.

Davis, G. Gervaise: Internet domain names and trademarks: recent developments on domestic and international disputes. – S. 601 – 633

Phillips, Gregory D.: Necessary protection for famous trademark holders on the internet. – S. 635 – 650

Podolsky, Steven P.: Chasing the future: Has the digital performance in sound recordings act of 1995 kept place with technological advances in musical performance, or is copyright law lagging behind?. – S. 651 – 685

Communicatio Socialis

Jg 32 (1999) Nr 3

Homeyer, Josef: Zuckerwasser und Verkündigung: Zu medienethischen Herausforderungen in der Informationsgesellschaft. – S. 223 – 228

Die Informationsgesellschaft gründet in den Verheißungen der Aufklärung von Autonomie, Demokratie und Weltbürgertum. Im Prozess fortschreitender Globalisierung sind diese Verheißungen gefährdet. Ausgehend von dieser These formuliert der Autor Anstöße zum Verhältnis der Kirche zu den Medien.

Hober, David: Kirche im Radio: Überlegungen zum Selbstverständnis kirchlicher Verkündigung. – S. 229 – 240

Dilg, Ute: Schwarzafrika: Weißer Fleck auf dem Nachrichtenglobus: Die Berichterstattung über Afrika südlich der Sahara in der überregionalen deutschen Presse. Eine Inhaltsanalyse. – S. 241 – 260

Simon, Johannes: Der Pfarrbrief – ein pastorales Schwergewicht: Diözesane Untersuchung im Bistum Würzburg ermittelt Pfarrbrief als Chancenmedium. – S. 261 – 266

Günther, Wilfried: Netzwerk für das religiöse Buch. – S. 267 – 272

Patenge, Horst: Das Projekt Literarische Kompetenz: Pastorale Anmerkungen zu einem Fortbildungsangebot des Borromäusvereins. – S. 273 – 280

Pastoralplan für Kommunikation und Medien der katholischen Kirche in der Schweiz. – S. 281 – 307

Jg 32 (1999) Nr 4

Karmasin, Matthias: Medienethik als Wirtschaftsethik medialer Kommunikation?. – S. 343 – 366

Der Autor stellt den Ansatz des Stakeholder Management vor, bei dem nicht nur die Interessen der Kapitalgeber, sondern auch die weiterer Akteure in den Blick genommen werden, die von den Aktivitäten eines (Medien-)Unternehmens tangiert werden. Dies wird nicht nur medienethisch begründet, sondern auch mit dem strategischen Wert für den Fortbestand des Unternehmens. Es werden Verfahren skizziert, wie die Verantwortung des Unternehmens entsprechend wahrgenommen werden kann.

Krzeminski, Michael: Medien in der Entwicklungspolitik: Alte Paradigmen und neue Perspektiven. – S. 367 – 383

Evers, Huub: Der Presse-Ombudsmann: Erfahrungen in den Niederlanden und anderen Ländern. – S. 384 – 395

Brunot, Jean Marie: Bayard Presse: Ein katholisches Pressehaus im Dienst am Menschen und an der Kirche. – S. 396 – 411

Communication Research

Jg 26 (1999) Nr 6

Henriksen, Lisa; Flora, June A.: Third-Person Perception and Children: Perceived Impact of Pro- and Anti-Smoking Ads. – S. 643 – 665

Roessler, Patrick: The Individual Agenda-Designing Process: How Interpersonal Communication, Egocentric Networks, and Mass Media Shape the Perception of Political Issues by Individuals. – S. 666 – 700

Wasserman, Donna P.: The Local Contours of Campaign Coverage: State Newspapers and the 1988 Super Tuesday Campaign. – S. 701 – 725

Hoffner, Cynthia; Buchanan, Martha; Anderson, Joel David: Support for Censorship of Television Violence: The Role of the Third-Person Effect and News Exposure. – S. 726 – 742

McLeod, Jack M.; Scheufele, Dietram A.; Moy, Patricia: Understanding Deliberation: The Effects of Discussion Networks on Participation in a Public Form. – S. 743 – 774

Communication Theory

Jg 9 (1999) Nr 4

Boyd, Richard: Compromising Positions: Or, the Unhappy Transformation of a „Transformative Intellectual“. – S. 377 – 401

Allen, Brenda J.; Orbe, Mark P.; Olivas, Margarita Refugia: The Complexity of Our Tears: Dis/enchantment and (In)Difference in the Academy. – S. 402 – 429

Nicotera, Anne Maydan: The Woman Academic as Subject/Object/Self: Dismantling the Illusion of Duality. – S. 430 – 464

Goodall, H. L.: Casing the Academy for Community. – S. 465 – 494

Communications

Jg 24 (1999) Nr 3

Tsaliki, Lisa; Rovolis, Antonis: The Internet as a Tool for Public Policy-making: Assessing the Central State Initiative in Greece. – S. 255 – 275

Günnel, Traudel: Counteracting the Gap: Strategies for Teaching Media Competence. – S. 277 – 299

Eilders, Christiane: Synchronization if Issue Agendas in News and Editorials of the Prestige Press in Germany. – S. 301 – 328

Van den Bergh, Bea; Van den Bulck, Jan: Media Use, Perceives Parental Media Guidance and Supportive Parent-Child Communications in Fifth and Sixth Graders. – S. 329 – 350

Ismond, Patrick: Ethnic Minority Broadcasting and the Cable Stations in the UK. – S. 351 – 365

Jg 24 (1999) Nr 4

Gunter, Barrie; Harrison, Jackie; Arundel, John: Female Victimization on Television: Extent, Nature and Context of On-Screen Portrayals. – S. 387 – 405

Koolstra, Cees M.; van der Voort, Tom H. A.; d'Ydewalle, Géry: Lengthening the Presentation Time of Subtitles on Television: Effects on Children's Reading Time and Cognition. – S. 407 – 422

Dhoest, Alexander: Poorly Imaging Flanders: Economic Determinants in Flemish Television Drama Supply. – S. 423 – 441

Hochheimer, John L.: Organizing Community Radio: Issues in Planning. – S. 443 – 455

Computer und Recht

Jg 15 (1999) Nr 10

Hörl, Bernhard: Nachbesserung und Gewährleistung für fehlende Jahr-2000-Fähigkeit von Software. – S. 605 – 609

Schmid, Ines: Computerfaxe in einem Web of Trust. – S. 609–614

„Der BGH hat mit Beschluss vom 29.9.1998 (= CR 1999, 144) dem Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes die Rechtsfrage zur Entscheidung vorgelegt, ob in Prozessen mit Vertreibungszwang bestimmende Schriftsätze formwirksam durch elektronische Übermittlung einer Textdatei mit eingescannter Unterschrift des Prozessbevollmächtigten („Computerfax“) eingereicht werden können. Die Antwort auf den Vorlagebeschluss wird mit Spannung erwartet, da sie die Rechtspraxis erheblich beeinflussen wird. Der Beitrag beschränkt sich bewusst auf eine Skizzierung der rechtlichen und technischen Situation und bietet als Lösungsansatz den Gedanken eines Web of Trust aus Gerichten und Rechtsanwälten.“

BGH: Kopienversand öffentlicher Bibliotheken. – S. 614 – 618

Spindler, Gerald: Haftungsklauseln in Provider-Verträgen: Probleme der Inhaltskontrolle. – S. 626 – 637

„Haftungs- und Strafbarkeitprobleme der Internet-Anbieter haben spätestens seit dem Aufsehen erregenden Urteil des AG München im CompuServe-Fall die Aufmerksamkeit nicht nur der Fachkreise, sondern auch der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Wenig Beachtung haben dagegen bislang die nahe liegenden Versuche der Provider gefunden, sich zumindest von den zivilrechtlichen Haftungsrisiken weitgehend durch Haftungsausschluss- und Freistellungsklauseln in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen freizuzeichnen. Das Interesse der Anbieter, eine vertragliche Freizeichnung zu erreichen und sich Regressmöglichkeiten gegen die eigentlichen Verursacher zu verschaffen, ist hinsichtlich der Gefahren einer Inanspruchnahme für jegliche mit Inhalten und Daten verbundenen Delikte verständlich, insbesondere vor dem Hintergrund weiter bestehender Auslegungsunsicherheiten im Rahmen der §§ 5 TDG, 5 MDStV. Freilich sind die Möglichkeiten des Providers, sich von Haftungsrisiken durch Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen freizuzeichnen, recht enge Grenzen gezogen, die [...] näher auszuleuchten sind. Im Anschluss daran sind die in der Praxis am häufigsten verwandten Klauseltypen einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.“

Lammek, Marc; Dreyer, Stephan: Medienrechtliche Probleme des Business-TV. – S. 638 – 646

„Ob und in welcher Form Unternehmen das so genannte Business-TV, also unternehmensbezogenes Fernsehen für Mitarbeiter und/oder Kunden einführen werden, hängt maßgeblich von den rechtlichen Hürden und Problemen ab, die sich bei der Einführung und Ausstrahlung der verschiedenen Formen von Business-TV stellen können. Dieser Beitrag, der sich ausschließlich auf medienrechtliche Fragestellungen bezieht, soll anhand der rundfunkrechtlichen Einordnung möglicher Erscheinungsformen von Business-TV aufzeigen, welche Probleme insoweit absehbar sind, welche medienrechtlichen Restriktionen sich für dieses neue Medium ergeben und inwieweit gesetzgeberischer Handlungsbedarf in Bezug auf Business-TV angezeigt ist.“

Mummenthey, Hinrich: Vertraulichkeitsvereinbarungen. – S. 651 – 659

Jg 15 (1999) Nr 11

Gaster, Jens: Die draft U.S. database legislation und die EU-Datenbankrichtlinie – ein Vergleich. – S. 669 – 679

„Die europäische Datenbankrichtlinie aus dem Jahre 1996 hat insbesondere einen umfassenden Sonderrechtsschutz für nichtkreative Datenbanken eingeführt. Von diesem EWR-weiten Schutz werden Drittlandshersteller von Datenbanken nur dann profitieren können, sofern deren Heimatstaaten vergleichbare

Regelungen erlassen und somit materielle Gegenseitigkeit herstellen. Vor diesem Hintergrund unterzieht der [...] Beitrag jüngst im U.S.-Kongress verstärkt unternommene gesetzgeberische Bemühungen einem kritischen Vergleich mit der Richtlinie. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, dass im transatlantischen Verhältnis noch erhebliche Anstrengungen erforderlich sein werden, um die Grundvoraussetzungen für eine künftig internationale Datenschutzkonvention zu schaffen.“

Abel, Stefan: Der Millennium-Bug und der lange Arm der Produzentenhaftung. – S. 680 – 683

Fringuelli, Pietro Graf; Peters, Torsten: Der Millennium-Bug: Y2k-Gesetze in den USA. – S. 683 – 685

Mayen, Thomas: Übergang und Rechtsnachfolge bei Lizenen nach dem Telekommunikationsgesetz. – S. 690 – 697

„§ 9 TKG ermöglicht die Rechtsnachfolge in die Rechte und Pflichten einer telekommunikationsrechtlichen Lizenz. Dabei ist zwischen der – genehmigungsbedürftigen – Übertragung durch Rechtsgeschäft (Abs. 1) und dem – lediglich anzeigenpflichtigen – anderweitigen Wechsel des Lizenzinhabers (Abs 2) zu unterscheiden. Der [...] Beitrag erläutert Rechtsnatur und Anwendungsbereich dieser unterschiedlichen Übertragungsformen. Da es sich bei der telekommunikationsrechtlichen Lizenz um eine personengebundene Erlaubnis handelt, bedarf insbesondere die genehmigungsfreie Übertragung durch Rechtsgeschäft verwaltungsrechtlich der besonderen Rechtfertigung. Die unterschiedlichen Behandlungen der beiden Übertragungsalternativen durch das Gesetz und die Zulassung einer unbeschränkten rechtsgeschäftlichen Übertragung von Lizenen, welche zuvor in einem Vergabeverfahren nach § 11 TKG erteilt wurden, werfen zudem verfassungsrechtliche Fragen auf.“

Lehmann, Michael; Tucher, Tobias v.: Urheberrechtlicher Schutz von multimedialen Webseiten. – S. 700 – 706

„Die Webseite im Internet ist ein wichtiges multimediales Kommunikationsmittel geworden, sozusagen das ‚Schaufenster‘ vieler Unternehmen im Cyberspace; sie wird häufig von spezialisierten Webdesignern entwickelt und im Auftrag dieser Unternehmen gestaltet. Der Beitrag klärt, wem dieses marketingsrelevante ‚Eigentum‘ gehört, dem Webseite-Gestalter, also regelmäßig dem Auftragnehmer, und unter welchen Voraussetzungen urheberrechtlicher Schutz für eine Webseite beansprucht werden kann.“

Tröndle, Rüdiger: „Privat Policies“ und das Internet: Noch immer ein Streitpunkt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Union. – S. 717 – 725

„Während die US-Regierung beim Datenschutz weitgehend auf die Selbstregulierung der Unternehmen setzt, lässt die Europäische Kommission keinen Zweifel daran, dass bloße Selbstkontrolle der Wirtschaft nicht ausreicht. Sie hat daher mit eigener Rechtssetzung auf die sich stellenden Herausforderungen

reagiert. Namentlich die Datenschutzrichtlinien 95/46/EG und 97/66/EG, die bis zum 25.10.1998 in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden mussten, sind hier von Bedeutung. Die hierdurch ausgelöste Diskussion um den Schutz von Daten, die aus der EU in die USA übertragen werden, ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Der Beitrag bespricht die gegenwärtigen Positionen zum Thema ‚Privacy Policies‘ im Internet.“

Reinermann, Heinrich: City-Cards als Herausforderung für Behörden. – S. 725 – 731

„Die Verwaltung hat schon viele technische Herausforderungen erlebt – und teils hartnäckig ignoriert. Der Verfasser meint, dass dies in Bezug auf den Chipkarteneinsatz anders verlaufen muss und bei entsprechendem Änderungsmanagement auch anders verlaufen kann. Ausgehend von einem praktischen Beispiel (Antrag auf Wahlschein) zeigt er auf, welche Potenziale Chipkarten bieten, verschweigt aber auch nicht, welche tief greifenden strukturellen Anforderungen die Nutzung dieser Potenziale erfordert.“

Jg 15 (1999) Nr 12

Niedermeier, Robert; Damm, Maximilian: Rechtliche Folgen des Cloning eines Betriebssystems. – S. 737 – 743

Gramlich, Ludwig: Rechtsfragen einer Versteigerung von Telekommunikations-Lizenzen und -Frequenzen. – S. 752 – 764

„Das im TKG für die Zuteilung knapper Ressourcen vorgesehene, im deutschen öffentlichen Wirtschaftsrecht neue Verfahren einer Versteigerung von Lizenzen und Frequenzen ist auf rechtliche Kritik gestoßen. Der Beitrag ordnet die TKG-Regelungen in einen größeren Kontext ein und beschreibt und bewertet die bisherige Praxis der Regulierungsbehörde. In einem weiteren, in Kürze erscheinenden Beitrag soll gezeigt werden, dass hierbei gemeinschafts- und verfassungsrechtliche Anforderungen durchaus genügt werden kann.“

Geis, Ivo: Die Europäische Perspektive der Haftung von Informationsanbietern und Zertifizierungsstellen. – S. 772 – 777

„Die Richtlinievorschläge der EU-Kommission zum elektronischen Geschäftsverkehr und zur digitalen Signatur lassen eine Perspektive für die Haftung der Anbieter von Informationsdiensten und Zertifizierungsstellen erkennen. Offene Fragen und Discrepanzen mit nationalem Recht sind die notwendige Konsequenz europaweiter Regelungsvorschläge. Der Weg zu selbstverantwortlichen Regeln der Beteiligten erscheint als Ausweg. In der Informationsgesellschaft sind dies Verhaltenskodizes, die von der EU-Kommission gefordert werden. Die Bereitschaft ist bisher nur gering, das rechtliche Schicksal mitzugestalten.“

Jg 16 (2000) Nr 1

Bartsch, Michael: Das BGB und die modernen Vertragstypen. – S. 3 – 11

Büllesbach, Alfred: Datenschutz bei Data Warehouses und Data Mining. – S. 11 – 17

„In Unternehmen sind große Mengen unterschiedlicher Datenbestände vorhanden. Es besteht daher der Wunsch der Unternehmen, diese Datenbestände nutzbar zu machen. Steckte hinter solchen Überlegungen zunächst hauptsächlich das Ziel, einen vereinfachten und verbesserten Überblick über das Unternehmen für das Management schaffen zu können (sog. Management-Informations-Systeme), so soll der umfangreiche Datenbestand nunmehr auch zur Gewinnung neuer Kunden bzw. zur Steigerung des Umsatzes mit bereits vorhandenen Kunden werden. Dabei ist vor allem die Verknüpfung von Daten in Konzernen mit unterschiedlichen Produkt-Portfolio und Kundenstamm interessant.“ Der Autor untersucht, inwieweit Data Warehouses und Data Mining datenschutzrechtlich zulässig sind. Neben den Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes werden die speziell gesetzlichen Regelungen im Telekommunikationsrecht und im Recht der Multimedien in den Blick genommen.

Esslinger, Alexander; Betten, Jürgen: Patent- schutz im Internet. – S. 18 – 22

„Die jüngste Entwicklung der Rechtsprechung in Deutschland und Europa hat die Erlangung und Durchsetzung von Softwarepatenten erheblich erleichtert. Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sind daher gezwungen, über eine patentrechtliche Absicherung ihrer Investitionen in neue Software nachzudenken, nicht zuletzt deshalb, um sich über Kreuzlizenzen Zugang zu patentgeschützten Technologie anderer verschaffen zu können. Bei der Auswahl der geeigneten Patentstrategie ist zu berücksichtigen, dass sich Software im Gegensatz zu den meisten traditionellen technischen Gegenständen sehr leicht kopieren und über das Internet weltweit verbreiten lässt.“

Heymann, Thomas: Outsourcing als Form der Kooperation. – S. 23 – 27

„Immer häufiger wird Outsourcing als Form der ‚strategischen Allianz besonderen Typs‘ bezeichnet. In der amerikanischen Diskussion wird hierbei neuerdings zwischen Partnerschaften („Partnerships“) und Strategischen Allianzen („Strategic Alliances“) unterschieden, wobei strategische Allianzen eine engere Kooperationsform gegenüber der Partnerschaft darstellen, die gesellschaftsrechtliche Züge und insbesondere eine gemeinsamen Zweck im Sinne des § 705 BGB haben. Geht man zunächst nicht von den spezifischen Kooperationsformen aus, sondern vom „Inhalt“ der Kooperation, so schälen sich derzeit drei Grundtypen des Outsourcing heraus: Das ‚klassische‘ Rechen-Outsourcing von Rechenzentrumsleistungen, [...] das Outsourcing von ‚Client-Server-Umgebungen‘ [...] und das ‚Business Process Outsourcing‘ [...]“

Schneider, Jochen: Projektsteuerung – Projekt- risiken bei Software. – S. 27 – 34

Scherer, Joachim: Entwicklungslinien des Telekommunikationsrechts. – S. 35 – 44

„Der Beitrag beschreibt einige politische, ökonomische und technische Rahmenbedingungen, welche die im ‚Komunikationsbericht 1999‘ der Europäischen Kommission aufgezeigten Regelungsziele, -gegenstände und -strukturen des künftigen Telekommunikationsrechts prägen dürften.“ Zu den behandelten Regulierungsgegenständen zählen Marktzutritt, Zugang zu Netzinfrastrukturen und Zusammenschaltung, Frequenzmanagement, Universaldienst und Verbraucherschutz.

Dreier, Thomas: Urheberrecht an der Schwelle des 3. Jahrtausends: Einige Gedanken zur Zukunft des Urheberrechts. – S. 45 – 49

Nach Ansicht des Autors wird der Stellenwert des Urheberrechts zweifellos zunehmen. Unumkehrbar dürfte dabei die Bedeutungsverschiebung vom Persönlichkeits- hin zum Investitionschutz sein. Dabei seien Systembrüche nicht zu vermeiden. Zu den unsicheren Trends zählten die Rolle der Verwertungsgesellschaften, Fragen des Umgehungsschutzes sowie das Ausmaß der Harmonisierungsbestrebungen auf der Ebene der WIPO und der EU. Ein ernst zu nehmendes Problem bestehet schließlich darin, dass die Geschwindigkeit des technologischen Wandels und die Geschwindigkeit der Gesetzgebung zunehmend auseinander laufen. Gesetzgebung müsse sich deshalb auf das Festschreiben abstrakter Prinzipien beschränken.

Lutterbeck, Bernd: Globalisierung des Rechts – am Beginn einer neuen Rechtskultur?. – S. 52 – 60

Moritz, Hans-Werner: Quo vadis, elektronischer Geschäftsverkehr?. – S. 61 – 72

Convergence

Jg 5 (1999) Nr 3

Cottle, Simon; Ashton, Mark: From BBC Newsroom to BBC Newscentre: On Changing Technology and Journalist Practices. – S. 22 – 43

Steemers, Jeanette: Between Culture and Commerce: The Problem of Redefining Public Service Broadcasting for the Digital Age. – S. 44 – 66

Am Beispiel Großbritanniens und Deutschlands diskutiert die Autorin die Positionierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Dilemma zwischen den nationalen bestimmten kulturellen und politischen Aufgaben einerseits und den Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten andererseits.

Crowdy, Dennis; Hayward, Philip: From the Ashes: A Case Study of the Re-Development of Local Music Recording in Rabaul (Papua New Guinea) Following the 1994 Volcanic Eruptions. – S. 67 – 82

Newland, Paul: Interface Design: Seeking an Appropriate Analysis Framework. – S. 83 – 104

Cultural studies

Jg 13 (1999) Nr 4

McLennan, Gregor: Re-Canonizing Marx. – S. 555 – 576

Musner, Lutz: Locating culture in the US and central europe – a transatlantic perspective on Cultural Studies. – S. 577 – 590

Takacs, Stacy: Alien-Nation: Immigration, national identity and transnationalism. – S. 591 – 620

Grainge, Paul: Reclaiming heritage: Colourization, culture wars and the politics of nostalgia. – S. 621 – 638

Salvio, Paula M.: Teacher of ‘weird abundance’: portraits of the pedagogical tactics of Anne Sexton. – S. 639 – 660

Nurse, Keith: Globalization and Trinidad Carnival: Diaspora, hybridity and identity in global culture. – S. 661 – 690

O’Connor, Alan: Who’s Emma and the limits of Cultural Studies. – S. 691 – 702

Diffusion

(1999) Autumn

Jaqulin, Patrick: The 15th Rencontre de Torremolinos: The flagships of publicservice radio. – S. 2 – 3

In dieser Ausgabe werden verschiedene europäische öffentlich-rechtliche Hörfunksender vorgestellt, an denen sich jeweils eine bestimmte Entwicklungstendenz im ö-r Hörfunk illustrieren lässt.

Jenke, Manfred: European radio – the last 25 years. – S. 4 – 6

Roncal, Pedro: Radio 5 Todo Noticias: Radio Nacional de Espana’s ‘all-news’ programme. – S. 7 – 9

Jung, Thomas: ‘SWR3 – the multimedia factory’. – S. 10 – 12

Thoeni, Georgio: RSI, Rete 1: Reasons for change, and the recipe. – S. 13-15

Pokorny, Jan: Czech Republic: the new environment: The example of Radiozurnál. – S. 16 – 17

Konstantinova, Rayna: Bulgaria: a new Horizon ... – S. 18 – 19

Horwitz, Murray: ‘An American Perspective’. – S. 20 – 22

(1999) Winter

- Jaqin, Patrick: The inflationary spiral in the cost of TV transmission rights. – S. 4 – 6
- Mougeotte, Etienne: TF1, a privat general interest channel, takes a look at sport. – S. 7 – 9
- Blociszewski, Jacques: Television in Sport. What future?. – S. 13 – 14
- Proctor, Kate: Sports events on TV: The facts and the trends. – S. 18 – 20
- Bangert, Diederik: Europe by Satellite. – S. 36 – 38
- Sandor, Maria Christina: Italy: Football and news. – S. 15 – 16

European Journal of Communication**Jg 14 (1999) Nr 4**

- Davis, Susan G.: Media Conglomerates Built the Entertainment City. – S. 435 – 459
- Danders, Karen; Bale, Tim; Canel, María José: Managing Sleaze: Prime Ministers and News Management in Conservative Great Britain and Socialist Spain. – S. 461 – 486
- Pavlik, Petr; Shields, Peter: Toward an Explanation of Television Broadcast Restructuring in the Czech Republic. – S. 487 – 524
- Eide, Martin; Knight, Graham: Public/Private: Service Journalism and the Problems of Everyday Life. – S. 525 – 547

Serviceorientierte journalistische Angebote befassen sich mit zwei Arten von Alltagsproblemen: Misständen und Risiken. Dabei neigt der Ratgeber Journalismus dazu, Misstände unter die Optik von zu bewältigenden „Risiken“ zu beugen. Mit Blick auf die Theorie der Öffentlichkeit betrachtet wendet sich der Ratgeber Journalismus an ein hybrides soziales Subjekt: teils Staatsbürger, teils Konsument, teils Klient. Trotz der Tendenz zur Individualisierung ist der Ratgeber Journalismus aber auch einer Politisierung zugänglich insoweit er mit den Problemen des Alltags dasselbe Feld betritt, auf dem soziale Bewegungen und Aktivistengruppen agieren, den treibenden Kräften der „Politik der Alltagswelt“ (subpolitics). Die „Politik der Alltagswelt“ politisiert die Alltagsprobleme, indem sie Risiken als Misstände behandelt und damit die Logik der medialen Darstellung durchbricht.

Federal Communications Law Journal
Jg 52 (1999) Nr 1

- Chong, Rachelle B.; Chow, Wendy: Financing Telecommunications Projects in Asia: A Promising Regulatory Perspective. – S. 1 – 19
- Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes

in vielen asiatischen Staaten und hohe Gewinnerwartungen haben viele „global player“ dazu veranlasst, dort tätig zu werden. Die Wirtschaftskrise in Asien hat einige Projekte zum Stillstand gebracht. Der Beitrag analysiert, wie die regulatorischen Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Staaten beschaffen sind und ob angesichts dieser Rahmenbedingungen Investitionen in Telekommunikationsprojekte ratsam erscheint.

Feiser, Craig D.: Privatization and the Freedom of Information Act: An Analysis of Public Access to Private Entities Under Federal Law. – S. 21 – 62

Der Freedom of information Act stellt in den Vereinigten Staaten sicher, dass die Öffentlichkeit Zugang zu Behördeninformationen erhält. Angesichts der Privatisierung staatlicher Aufgaben stellt sich die Frage, wie das Ziel des Acts unter veränderten Bedingungen erreicht werden kann. Der Beitrag analysiert, unter welchen Voraussetzungen private Einrichtungen durch den Freedom of Information Act verpflichtet werden und vergleicht unterschiedliche Auslegungsfiguren („Tests“). Der Autor plädiert für einen Test, der die öffentliche Aufgabe und den Charakter der Information, um die es geht, in den Mittelpunkt stellt.

Tollin, L. Tollin: The Battle for Portland, Maine. – S. 63 – 98

Der Beitrag schildert den über 1 Jahrzehnt dauernden Rechtsstreit um eine Mobilfunklizenz in Portland. Die FCC vertrat die Auffassung, dass der lizenzierte Betreiber nicht den Vorschriften entsprach, die für die Offenlegung der finanziellen Leistungsfähigkeit niedergelegt waren. Dies obwohl – so der Autor – die Infrastruktur durch den Betreiber bereits finanziert war. Der Fall wurde schließlich nicht anhand der Finanzierungsregeln entschieden, sondern ging zu Lasten der FCC aus, da diese sich nicht an den „paperwork reduction act“ gehalten hatte.

Founds, Garry L.: Shrinkwrap and Clickwrap Agreements: 2B or not 2B?. – S. 99 – 123

Karras, Angela R.: The Constitutionality of the Driver's Privacy Protection Act: A Fork in the Information Access Road. – S. 125 – 153

Miller, Heather L.: Strike Two: An Analysis of the Child Online Protection Act's Constitutional Failures. – S. 155 – 188

Tharp, Kevin N.: Federal Court Jurisdiction Over Private TCPA Claims: Why the Federal Courts of Appeals Got it Right. – S. 189 – 210

Grimme
Jg 22 (1999) Nr 4

- Niessen, Alexandra: Balanceakt zwischen Vielfalt und Akzeptanz. – S. 6 – 11
- Neis, Matthias; Baum, Achim: Bilder, die sich rechnen müssen. – S. 12 – 14

Paukens, Hans; Schümchen, Andreas: Gewinn oder Verlust?. – S. 16 – 17

Eckstein, Eckhard: Zwei Milliarden Marktpotential. – S. 19 – 20

**Human Communication Research
Jg 26 (2000) Nr 1**

van der Molen, Juliette H. Walma; van der Voort, Tom H. A.: The Impact of Television, Print, Audio on Children's Recall of the News: A Study of Three Alternative Explanations for the Dual-Coding Hypothesis. – S. 3 – 26

Berger, Charles R.: Quantitative Depictions of Threatening Phenomena in News Reports: The Scary World of Frequency Data. – S. 27 – 52

Schenck-Hamlin, William J.; Procter, David E.; Rumsey, Deborah J.: The Influence of Negative Advertising Frames on Political Cynism and Politician Accountability. – S. 53 – 74

Lombard, Matthew; Reich, Robert D.; Grabe, Maria Elizabeth: Presence and Television: The Role of Screen Size. – S. 75 – 98

Cruz, Michael G.; Henningsen, David Dryden; Miller-Williams, Mary Lynn: The Presence of Norms in the Absence of Groups?: The Impact of Normative Influence Under Hidden-Profile Conditions. – S. 104 – 124

Coover, Gail E.; Murphy, Sheila T.: The Communicated Self: Exploring the Interaction between Self and Social Context. – S. 125 – 147

Tusing, Kyle James; Dillard, James Price: The Sounds of Dominance: Vocal Precursors of Perceives Dominance During Interpersonal Influence. – S. 148 – 171

**Journal of Broadcasting & Electronic Media
Jg 43 (1999) Nr 3**

Leung, Louis; Wei, Ran: Seeking News via the Pager: An Expectancy-Value Study. – S. 299 – 315

van den Bulck, Jan: VCR-Use and Patterns of Time Shifting and Selectivity. – S. 316 – 326

Cohen, Jonathan: Favorite Characters of Teenage Viewers of Israeli Serials. – S. 327 – 345

Zubayr, Camille: The Loyal Viewer? Patterns of Repeat Viewing in Germany. – S. 346 – 363

Peiser, Wolfram: The Television Generation's Relation to the Mass Media in Germany: Ac-

counting for the Impact of Private Television. – S. 364 – 385

Kavoori, Anandam P.: Discursive Texts, Reflexive Audiences: Global Trends in Television News Texts and Audience Reception. – S. 386 – 398

Reis, Paul: What Prevents Cable TV from Taking Off in Brazil?. – S. 399 – 415

Ishii, Kenichi; Su, Herng; Watanabe, Satoshi: Japanese and U.S. Programs in Taiwan: New Patterns in Taiwanese Television. – S. 416 – 431

Jg 43 (1999) Nr 4

Lang, Annie; Bolls, Paul; Potter, Robert F.: The Effects of Production Pacing and Arousing Content on the Information Processing of Television Messages. – S. 451 – 475

Davis, Stacy: The Effects of Audience Reaction Shots on Attitudes Towards Controversial Issues. – S. 476 – 491

Tuttle, C. A.; Huffman, Suzanne: Live news reporting: Professional judgement or technological pressure?: A national survey of television news directors and senior reporters. – S. 492 – 505

Borzekowski, Dina L. G.; Robinson, Thomas N.: Viewing the viewers: ten video cases of children's television viewing behavior. – S. 506 – 528

Abelman, Robert: Preaching to the choir: Profiling TV Advisory Rating Users. – S. 529 – 550

Barnet, Mark R.: Sex-Role Stereotyping in FCC-Mandated Children's Educational Television. – S. 551 – 564

Napoli, Philip M.: The Unique Nature of Communications Regulation: Evidence and Implications for Communications Policy Analysis. – S. 565 – 581

Coopman, Ted M.: FCC Enforcement Difficulties with Unlicensed Micro Radio. – S. 582 – 602

King, Donna L.; Mele, Christopher: Making Public Access Television: Community Participation, Media Literacy and the Public Sphere. – S. 603–623

Higgins, John W.: Community Television and the Vision of Media Literacy, Social Action, and Empowerment. – S. 624 – 644

Waterman, David; Yan, Michael Zhaoxu: Cable

Advertising and the Future of Basic Cable Networking. – S. 645 – 658

Stafford, Laura; Kline Susan L.; Dimmick, John: Home E-Mail: Relational Maintenance and Gratification Opportunities. – S. 659 – 669

Samoriski, Jan H.: Unsolicited Commercial E-Mail, the Internet and the first Amendment: Another Free Speech Showdown in Cyberspace?. – S. 670 – 689

Journal of Communication Jg 49 (1999) Nr 4

Napoli, Philip M.: Deconstructing the Diversity Principle. – S. 7 – 34

Mit Blick auf den Nachdruck, den die amerikanische Aufsichtsbehörde für den Rundfunk gegenwärtig dem Ziel der „Vielfalt“ gebe, entwickelt der Beitrag ein Rahmenkonzept für die Analyse der Vielfalt. Dazu werden die folgenden Dimensionen unterschieden: Vielfalt der „Quellen“, Vielfalt des Inhalts (Programmformate, Repräsentanz von ethnischen Gruppen, Pluralität von Sichtweisen), genutzte Vielfalt. Der Beitrag diskutiert die Operationalisierbarkeit der einzelnen Dimensionen.

Domke, David; Watts, Mark D.; Fan, David P.: The Politics of Conservative Elites and the „Liberal Media“ Argument. – S. 35 – 58

Bucy, Erik P.; Newhagen, John E.: The Emotional Appropriateness Heuristic: Precessing Televised Presidential Reactions to the News. – S. 59 – 79

Der Beitrag stellt die Ergebnisse eines Experiments vor, das den Einfluss der fernsehvermittelt wahrgenommenen nonverbalen Reaktionen des Präsidenten der USA auf in der Nachricht zuvor dargestellte Ereignisse auf die Erinnerungsleistung, die kognitive Elaboration und die Bewertung der Stimmigkeit des Verhaltens durch Zuschauer hat. Negative Reaktionsweisen von schwacher Intensität werden als angemessen eingeschätzt, positive und heftige Reaktionen dagegen als unangemessen klassifiziert. Die Autoren nehmen an, das Konzept der Einschätzung anhand der emotionalen Stimmigkeit könne helfen, die Beurteilung von politischen Führern in einer Massendemokratie unabhängig vom politischen Wissen zu erklären.

Ryfe, David Michael: Franklin Roosevelt and The Fireside Chats. – S. 80 – 103

Bruschke, Jon; Loges, William E.: Relationship Between Pretrial Publicity and Trial Outcomes. – S. 104 – 120

Die Studie untersucht Mordprozesse in den USA über drei Jahre und findet: (a) die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung war eher mit einem niedrigen als einem hohen Grad öffentlicher Aufmerksamkeit assoziiert; (b) Beschuldigten ergingen bei mäßigem öffentlichem Interesse besser als ohne alle öffentliche Aufmerksam-

keit; (c) bei verurteilten Angeklagten ging jede Form öffentlicher Aufmerksamkeit vor der Gerichtsverhandlung mit längeren Urteilsprüchen einher.

Potter, W. James; Smith, Stacy: Consistency of Contextual Cues About Violence Across Narrative Levels. – S. 121 – 133

Mit Blick auf die Diskussion über pro- oder antisoziale Wirkungen der Gewaltdarstellung im Fernsehen geht der Beitrag der Frage nach, wie Gewaltfolgen (Schmerz, Verletzung) und Täter (Bestrafung) dargestellt werden. Dabei gilt das besondere Augenmerk der Frage, inwieweit die Darstellung auf der Ebene der einzelnen Szene mit derjenigen der ganzen Sendung konsistent oder inkonsistent ist. Im Ergebnis zeigt sich überwiegend eine konsistente Darstellung von Gewaltfolgen und Gewaltausübenden. Aber ein hoher Anteil konsistenter Darstellungen bekräftigt die Ansicht, dass Gewalt regelmäßig unbestraft bleibt und sozial akzeptabel ist.

McLeod, Kembrew: Authenticity Within Hip-Hop and Other Cultures Threatened with Assimilation. – S. 134 – 150

Napoli, Philip M.: The Marketplace of Ideas Metaphor In Communications Regulation. – S. 151 – 169

Der Autor berichtet über eine Inhaltsanalyse von Entscheidungen der amerikanischen Aufsichtsbehörde FCC zwischen 1965 und 1998, in der die Metapher vom „Marktplatz der Ideen“ gebraucht wurde. Es zeigt sich, dass der Begriff typischerweise im Kontext von Maßnahmen zur Deregulierung benutzt wurde.

Journalism & Mass Communication Quarterly Jg 76 (1999) Nr 3

Wolburg, Joyce M.: Time: The „silent“ cultural value in American television advertising. – S. 419 – 432

Schmidt, Toni L.; Hitchton, Jacqueline C.: When advertising and public relations converge: an application of schema theory to the persuasive impact of alignment ads. – S. 433 – 455

Esrock, Stuart L.; Leichty, Greg B.: Corporate world wide web pages: serving the news media and other publics. – S. 456 – 467

Slater, Michael D.; Rouner, Donna; Karan, David: Placing alcohol warnings before, during, and after TV beer ads: effects on knowledge and responses to the ads and the warnings. – S. 468 – 484

Kraidy, Marwan, M.: State control of television news in 1990s Lebanon. – S. 485 – 498

Blanks-Hindman, Elizabeth: „lynch-mob journalism“ vs. „compelling human drama“:

editorial responses to coverage of the pretrial phase of the O. J. Simpson case. – S. 499 – 515

Schaefer, Todd M.: The „rhetorical presidency“ meets the press: the New York Times and the state of the union message. – S. 516 – 530

Andsager, Julie L.; Powers, Angela: Social or economic concerns: how news and women's magazines framed breast cancer in the 1990s. – S. 531 – 550

Andsager, Julie L.; Powers, Angela: How the newspapers framed breast implants in the 1990s. – S. 551 – 564

Bramlett-Solomon, Sharon; Subramanian, Ganga: Nowhere near picture perfect: images of the elderly in life and ebony magazine ads, 1990 – 1997. – S. 565 – 572

Kommunikation und Recht

Jg 2 (1999) Nr 11

Scherer, Joachim: Frequenzverwaltung zwischen Bund und Ländern unter dem TKG. – S. 1 – 24

Der Autor gibt einen umfassenden Überblick über die Frequenzverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland, der in diesem Rahmen kaum auch nur zusammengefasst werden kann. Der Beitrag beruht auf einem für die Bundesländer erstatteten Rechtsgutachten. Einleitend setzt sich der Autor mit der Konvergenz der (Telekommunikations-)Technik und den europarechtlichen wie verfassungsrechtlichen Vorgaben der Frequenzverwaltung auseinander. Dabei erläutert der Autor die unterschiedlichen Kompetenzzentren und deren Verzahnungen (Bundestreue, dienende Funktion). Besonderes Augenmerk ist auf den Entwurf der Frequenznutzungsplanaufstellungsverordnung gerichtet, die den Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens erfassen müsse. Auch für die Ebene der Frequenzzuuteilung sei eine Koordination von rundfunk- und telekommunikationsrechtlicher Genehmigung erforderlich. Bedenken werden auch hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit des Versteigerungsverfahrens bei Rundfunkfrequenzen geäußert.

Hoffmann-Riem, Wolfgang: Zur Innovations-tauglichkeit der Multimedia-Gesetze: Vorüberlegungen. – S. 481 – 488

Hoffmann-Riem misst in seinem Aufsatz die Multimedia-Gesetze zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten insbesondere an ihrem eigenen, auch innovationsfördernden Anspruch. Die Würdigung der Regelungen erfolgt in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen und Entwicklungen bei den neuen Informations- und Kommunikationsdiensten (vgl. BT-Drs. 14/1191). Zunächst setzt sich der Autor mit den unterschiedlichen Dimensionen der Evaluation auseinander (Evaluationssziele und -inhalte). Im Gegensatz zum Bericht der Bundesregierung legt der Autor den Schwerpunkt seiner darauf folgenden Überprüfung nicht (allein) auf

die problemlose Anwendbarkeit der Regelungen, sondern focussiert den Blick eher auf die komplexen Wirkungen der Gesetze, wie etwa Ermöglichung, Stimulierung oder Hemmung von technologischen oder Dienstleistungsinnovationen. Im Folgenden wird dann der Maßstab der Würdigung herausgearbeitet, dabei wird sowohl die Bedeutung der Rechtsordnung als auch die politischer Entscheidungen betont. Mit Blick auf diese skizziert der Autor den Wandel des Regulierungsansatzes mit der Abkehr vom Interventions- und Wohlfahrts- zum ermöglichen Gewährleistungstaat überhaupt und geht in einem zweiten Schritt konkret auf diesen Wandel in der Telekommunikationsregulierung und der IuK-Dienste ein. Anschließend werden die Innovationsoffenheit und -förderung, -hemmung oder -ambivalenz der Regelungen dargestellt. Näher betrachtet werden insbesondere Urheberrechts- und Verbraucherschutzvorschriften der Regelungswerke. Dabei ist zwischen den Ebenen der Innovationsdiffusion und der eigentlichen Innovationsförderung zu unterscheiden. Darauf folgend werden die Absicherungen des Selbstregelungsmodells auf ihre Innovations-tauglichkeit untersucht. Neben weiteren Aspekten wird im Rahmen der Aufsicht dabei auf die Probleme der Heterogenität der Regelungen in TKG und Multimedia-Gesetzen und der dadurch möglichen Rechtsunsicherheit eingegangen, daneben wird insbesondere auf die Probleme eingegangen, die durch suboptimale Abstimmung der Regelungen untereinander entstehen (Regelungsschichten), und zwar sowohl hinsichtlich der Multimedia-Gesetze selbst als auch mit Blick auf das Verhältnis zum allgemeinen Wettbewerbsrecht. Kritisch betrachtet wird auch das Fehlen von Regeln über das Zusammenspiel privater Akteure und die fehlende Institutionalisierung einer systematischen Beobachtung der Vorschriften. Insgesamt besteht nach Auffassung des Autors noch der Bedarf, sich dem Regelungsgegenstand systematischer und komplexer anzunehmen. Dies könnte am ehesten durch prozedurale Vorkehrungen geschehen.

Spindler, Gerald: Zugangsgewährung durch Internet-Provider: Typische Klauseln und Inhaltskontrolle. – S. 488 – 499

Spindler untersucht die Wirksamkeit der in Provider-Verträgen typischerweise benutzten AGB-Klauseln hinsichtlich der Zugangsgewährung zu Computernetzen. Zunächst erläutert der Autor die Vielzahl der Meinungen zur vertragstypologischen Einordnung der Zugangsgewährungsverträge. Er differenziert bei der Zuordnung nach unterschiedlichen Arten der Tarifierung solcher Angebote. Die Zugangsgewährung gegen rein leistungsabhängige Vergütung (Internet-by-Call) wird als Werkvertrag beurteilt. Bei dem Typus, der eine gemischte Vergütung von monatlicher Grundgebühr und leistungsabhängiger Vergütung vorsieht, handelt es sich nach Auffassung des Autors um einen Dienstvertrag, der aber durch stark auf einen Erfolg ausgerichtete Komponenten dem Werkvertrag angenähert ist. Im Folgenden werden einzelne Klauseln auf ihre Vereinbarkeit mit dem AGBG untersucht. Berücksichtigung finden auch die Vorschriften der TKV. Im Einzelnen untersucht werden Klauseln betreffend die Verfügbarkeit des Angebots, Vorbehalts- und Wartungsklauseln und Schnittstellen-Klauseln. Mit Blick auf Klauseln, die Ansprüche des Nutzers bei Ausfallzeiten ausschließen, führt der Autor aus, dass ein vollständiger Ausschluss von Ersatzan-

sprüchen des Kunden gegen § 9 II Nr. 1 AGBG verstossen könne. Schließlich werden auch Provider-Verträge untersucht, die eine gleichzeitige Überlassung von Software beinhalten. Abschließend prognostiziert der Beitrag die Herausbildung eines Provider-Vertrages sui generis, ähnlich wie für Leasing oder Factoring.

Bornhofen, Roland: Gestaltung und Durchführung von Telefonkundenverträgen. – S. 500 – 505

Der Verfasser setzt sich mit ausgewählten Rechtsfragen auseinander, die bei der Durchführung und Gestaltung von Endkundenverträgen für Telekommunikationsdienstleistungen, beschränkt auf die Sprachtelefonie auftreten. Dabei behandelt er insbesondere die Fragenkreise der Bonitätsprüfung, Rechnungserstellung, Einzelverbindungs nachweisen, Kundenvorgaben hinsichtlich der Entgelthöhe und der Sperre und Kündigung des Telefonkundenvertrages. Abschließend setzt sich der Autor mit Haftungsfragen auseinander.

Vospel-Rüter, Ulrich: Telefonsex kostenlos?: Im Blickpunkt: Die jüngste Rechtsprechung der Instanzgerichte. – S. 505 – 510

Der Beitrag behandelt die Wirksamkeit von Telefonsexverträgen. Dabei setzt er sich vor allem anhand der Entscheidungen zweier Oberlandesgerichte zunächst mit der zivilprozessualen Ebene der Beweisfragen auseinander. Er sieht die Darlegungslast hinsichtlich der Frage des Inhalts des geführten Gesprächs beim Telefonkunden. Diese Frage stelle sich vor allem, weil viele „Telefonsexangebote“ „Mogelpackungen“ seien, die lediglich Chat- oder Datinglines betreiben und die Zahlungsverpflichtung der Telefonkunden keinesfalls wegen des Aspekts der Sittenwidrigkeit scheitere. Und selbst für den Fall, dass es sich um echten Telefonsex handele, der nach Ansicht des BGH sittenwidrig sei, bestehre die Zahlungsanspruch der Telefongesellschaft fort. Dies habe – vergröbert zusammengefasst – seinen Grund darin, dass die Vermittlung von Gesprächen als rechtlich neutral anzusehen sei, unabhängig von der konkreten Nutzung durch die Kunden.

Schmittmann, Jens M.: Domain-Names von Gebietskörperschaften: Streitpunkte in der Praxis. – S. 510 – 513

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Rechtsprechung zu Streitigkeiten zwischen Privaten und Gebietskörperschaften über die Verwendung deren Namen als Domain-Names. Nach einer Auseinandersetzung mit dem Namensrecht von Städten und Gemeinden an Domain-Namen geht der Autor auf die Frage kollidierender Rechte ein.

Jg 2 (1999) Nr 12

Dannecker, Gerhard: Rechtsschutz nach der Datenbank-Richtlinie: Einführung „geeigneter Sanktionen“. – S. 529 – 541

Der Beitrag untersucht das IuKDVG des Bundes daraufhin, ob es als Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den recht-

lichen Schutz von Datenbanken einen ausreichenden Schutz elektronischer Datenbanken gewährleistet. Dabei stellt der Autor nach einer Erörterung der Notwendigkeit strafrechtlichen als auch außerstrafrechtlichen Schutzes den Schutz elektronischer Datenbanken nach Art. 7 IuKDVG umfassend dar und würdigt abschließend diese Umsetzung.

Gounalakis, Georgios: Kommunikationsnetze und -dienste: Konvergenz in der Wettbewerbsaufsicht. – S. 541 – 547

Der Autor gibt zunächst einleitend den Stand der Konvergenz sowohl in technischer als auch inhaltlicher Hinsicht, wie auch die Folgen für das Wettbewerbsrecht wieder. Den Forderungen nach einer schlanken Regulierung gibt der Autor im Rahmen der weiteren Ausführungen Gestalt: Näher erörtert werden vor allem der Abbau von Sonderregelungen im TKG und im Medienkonzentrationsrecht. Ebenso Gegenstand der Untersuchung des Autors ist die Forderung nach einer Re-Regulierung der Medienaufsicht insbesondere mit Blick auf eine Verlagerung der Wettbewerbsaufsicht im Telekommunikationssektor zum Bundeskartellamt und mit Blick auf ein Zuständigkeitschaos bei der Medienkonzentrationskontrolle. Der Autor plädiert de lege ferenda für die Schaffung einer Medienanstalt der Länder und hebt die wachsende Bedeutung der Wettbewerbsaufsicht im Prozess der Konvergenz hervor.

Cichon, Caroline: Musikpiraterie im Internet. – S. 547 – 554

Die Verfasserin setzt sich mit der in MP3-Raubkopien bestehenden Bedrohung der Musikindustrie auseinander. Dabei werden die aktuelle Rechtslage nach dem Urheberrechtsgesetz dargestellt und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt. Dabei geht es auch um technologische Schutzmöglichkeiten.

Kasselaki, Elpida: Greece: The Law on Telecommunications. – S. 554 – 558

Die Verfasserin gibt einen Überblick über die Liberalisierung des griechischen Telekommunikationsmarktes, näher beleuchtet werden insbesondere die zur Regulierung errichtete Aufsichtsbehörde (EET&T; Ethniki Epitropi Telepinion & Tachydromion), das Lizenzsystem und auch Regelungen zum Mobilfunk, der Satellitenkommunikation und zum Kabelfernsehen.

Jg 3 (2000) Nr 1

Koenig, Christian: Medienaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland: Im Blickpunkt: Konvergenz der Kommunikationsbranchen. – S. 1 – 9

Der Autor setzt sich mit dem Phänomen der Konvergenz der Medien mit Blick auf die Medienaufsicht der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Dabei untersucht er, welche Gestaltungsspielräume dem Gesetzgeber zur Bewältigung der zersplitterten Medienaufsicht offen stehen. Der Beitrag geht auf ein Kurzgutachten zurück, dass der Autor im Auftrag des Deutschen Bundestages erstellt hat. Nach einer Zusammenfassung des Konvergenzphänomens, den

Gründen und Zielen einer Reform der Medienaufsicht wie auch den gemeinschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen geht der Verfasser auf die besonders in der Diskussion stehenden verfassungsrechtlichen Vorgaben für Regulierungsmodelle ein. Nach deren Darstellung und Vorschlägen für mögliche Verfassungsänderungen werden ausgewählte Vorschläge zur Reform der Medienaufsicht untersucht. Dabei handelt es sich um den so genannten „Thiere-Vorschlag“, der eine gemeinsame Zuständigkeit von Bund und Ländern für die neuen Medien vorsieht und den der Errichtung eines Medien- und Kommunikationsrats.

Schulz, Wolfgang: § 53 RStV: „Auf jeden Fall werde ich, oder wenigstens will ich, wenn nicht, dann doch, allerdings müsste ich und kann nicht“. Regulierung der Zusatzdienste digitalen Fernsehens im 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. – S. 9 – 13

Der Autor befasst sich mit der Änderung des § 53 RStV im 4. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der am 1.4.2000 in Kraft tritt. Einleitend stellt der Autor die wachsende Bedeutung der Vorschrift insbesondere als Anknüpfungspunkt für ein System der Zugangsregulierung in einem künftigen, dienstespezifisch diversifizierten Informationsrecht dar. Ziel des Beitrages ist im Folgenden zu klären, welche Fragen durch die Vorschrift geklärt zu sein scheinen und inwieweit noch Handlungsbedarf besteht. Bei den Zusatzdiensten werden insbesondere das Multiplexing, Conditional Access-Dienste, die Programmpaketbildung und die Regulierung von Navigatoren auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Weitere Gesichtspunkte der Untersuchung sind die Bündelung von Diensten und die Zugangs- und Preiskontrolle. Abschließend setzt sich der Autor noch ausführlich mit der Regelungstechnik auseinander und weist darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit neuen Regulierungsformen angesichts der Überforderung traditioneller Instrumente und Verfahren unverzichtbar ist.

Mayer, Patrick: Selbstregulierung im Internet: Institutionen und Verfahren zur Setzung technischer Standards. – S. 13 – 19

Der Beitrag stellt überblicksartig die Gremien und ihre Vorgehensweise dar, mittels derer das Internet entstanden ist. Dabei werden insbesondere die protokollentwickelnden ISO (Internet Society) und W3C (World Wide Web Consortium) näher betrachtet. Im Rahmen des Beitrags werden Aufbau und Verfahren der Organisationen dargestellt. Abschließend werden diese Verfahrensweisen zur Setzung technischer Standards gewürdigt.

Völker, Stefan; Lührig, Nicolas: Abwehr unerwünschter Inline-Links. – S. 20 – 29

Der Beitrag setzt sich mit der Möglichkeit der Abwehr unerwünschter Inline-Links auseinander. Nachdem festgestellt wird, dass die Vorschriften der §§ 5 MDStV / TDG auf das Inline-Linking nicht anwendbar sind, werden markenrechtliche, urheberrechtliche, deliktsrechtliche und auch wettbewerbsrechtliche Unterlassungsansprüche geprüft und ihre Voraussetzungen erläutert

Jg 3 (2000) Nr 2

Degenhart, Christoph: Medienrecht und Medienpolitik im 21. Jahrhundert. – S. 49 – 59

Der Beitrag setzt sich mit den Folgen der Konvergenz und anderer veränderte Rahmenbedingungen (Marktorientierungen und Internationalisierung) auseinander. Der Autor schlägt eine Brücke zwischen den durch das BVerfG vorgebenden verfassungsrechtlichen Funktionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den veränderten Rahmenbedingungen im Realbereich. Nach einer Darstellung der Konzeption der Medienfreiheiten im Grundgesetz setzt sich der Verfasser im Rahmen der verfassungs- und gemeinschaftsrechtlichen Grundlagen mit der Frage der Rundfunkveranstalterfreiheit und der Konzeption der Rundfunkfreiheit als dienender Freiheit auseinander. Dabei werden vor allem auch die Vorgaben aus Art. 10 EMRK näher betrachtet. Es wird prognostiziert, dass die vom BVerfG entwickelte Deutung der Rundfunkfreiheit auf Dauer nicht uneingeschränkt aufrechterhalten werden kann. Des Weiteren setzt sich der Beitrag mit der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auseinander: Dabei wird die Notwendigkeit gesehen, die verfassungsrechtlich legitimierte Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks näher und neu zu bestimmen, im Einzelnen geht es um die Zulässigkeit von Programmzahlbestimmungen sowie den äußeren Rahmen der Handlungslegitimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Blick auf Spartenprogramme, Pay-TV und Abruf- und Online-Dienste sowie Finanzierungsfragen. Abschließend geht es um die Ordnung des privaten Rundfunks. Hier werden insbesondere das Lizenzierungssystem, die Rundfunkaufsicht und die Konzentrationskontrolle auf ihre Zukunftstauglichkeit untersucht.

Tettenborn, Alexander: E-Commerce-Richtlinie: Politische Einigung in Brüssel erzielt. – S. 59 – 63

Blum, Felix: Das UNCITRAL-Modellgesetz zu elektronischen Signaturen. – S. 63 – 71

Auf der Grundlage des UNCITRAL-Modellgesetzes über den elektronischen Handel von 1996 der UN-Vollversammlung wurde nun ein Modellgesetz entworfen, das einen konsensfähigen Rahmen für wichtige Sicherheitsaspekte schaffen soll (UNCITRAL Uniform Rules on Electronic Signatures). Der Verfasser klärt die Funktionsweise digitaler Signaturen auf und erörtert anschließend die Rechtsfragen, die sich der UNCITRAL-Arbeitsgruppe stellten. Zum Vergleich erläutert er auch die von der EU-Kommission ausgearbeitete Richtlinie zum Thema digitale Signaturen und die deutsche Rechtslage nach dem Signaturgesetz. Schließlich würdigt der Autor den UNCITRAL-Entwurf umfassend und kritisch.

Rath-Glawatz, Michael: Das Projekt „ZDF-Erlebnispark“ im Spiegel des Rundfunk- und Wettbewerbrechts. – S. 72 – 78

Der Autor, der private Vergnügungsparks gegen die geplanten Aktivitäten des ZDF-Medien- oder Erlebnisparks berät, untersucht die Zulässigkeit derartiger Projekte anhand des Rundfunk- und Wettbewerbsrechts. Zunächst skizziert er den Umfang des geplanten ZDF-Projekts. Die Untersuchung geht dabei davon aus, dass das Projekt inhaltlich durch Angebote

dominiert wird, die für jeden kommerziellen Erlebnispark charakteristisch sind: Fahrgeschäfte, Simulatoren, Live-Shows und Erlebnisgastronomie. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass der geplante Medienpark sowohl rundfunkrechtlich als auch wettbewerbsrechtlich nicht legitimiert ist. Das Überschreiten des Funktionsauftrags durch die Anstalt sei auch wettbewerbswidrig nach § 1 UWG.

Mass Communication & Society Jg 2 (1999) Nr 3-4

Austin, Erica Weintraub; Pinkleton, Bruce E.: The Relation Between Media Content Evaluations and Political Disaffection. – S. 105 – 122
DeFleur, Margaret: Developing an Integrated Theory of Recall of Spot News Stories. – S. 123 – 145

Kang, Jong G.; Perry, Stephen D.; Kang, Seok: The Relation Between Television and the Values Orientations of Japanese Students. – S. 147 – 161

Chapin, John R.: Third-Person Perception and Sexual Risk Taking Among Minority „At-Risk“ Youth. – S. 163 – 173

Media Asia Jg 46 (1999) Nr 3

Elliott, Charles W.: The Asian Online Newspaper: A Media Richness Evaluation. – S. 123 – 131

Thomas, Amos Owen: Up-Linked yet Down-Played: Understanding Transnational Satellite Television in Asia. – S. 132 – 138

Jayanath, A.: Information Highways: Paths to Prosperity or Poverty?. – S. 139 – 144

Fernandes, Allwyn: Managing Information and Media Relations in the New Media Age. – S. 146 – 149

Agrawal, Binod C.: Feeling the Pulse of Changing Media Audiences. – S. 162 – 166

Garg, G. P.; Gupta, Rajiv; Shah, Sachin: Using IT in Education in the New Millennium: Opportunities and Threats. – S. 167 – 174

5

Media Lex (1999) Nr 4

Burkert, Herbert: Regelungstechnische Standards für ein Informationszugangsgesetz im internationalen Vergleich. – S. 213 – 220

Media Perspektiven (1999) Nr 10

Klingler, Walter; Schaack, Jens: Hörfunk behauptet sich in der Medienkonkurrenz: Entwicklung und regionale Unterschiede der Hörfunknutzung in Deutschland. – S. 506 – 517

Müller, Dieter K.: Die Optimierung der Hörfunkabfrage in der Media Analyse: Der lange Weg von Face-to-face zu CATI. – S. 518 – 530

Hartmann, Peter H.; Neuwöhner, Ulrich: Lebensstilforschung und Publikumssegmentierung: Eine Darstellung der MedienNutzerTypologie (MNT). – S. 531 – 539

Buß, Michael; Neuwöhner, Ulrich: Die MedienNutzerTypologie in der Fernsehprogrammplanung: Anwendungsmöglichkeiten der Publikumstypologie von ARD und ZDF. – S. 540 – 548

Oehmichen, Ekkehardt: Die MedienNutzerTypologie als Beratungsinstrument im Hörfunk: Zur Umsetzung der Publikumstypologie von ARD und ZDF für Planungsprozesse. – S. 549 – 556

Gerhards, Maria; Klingler, Walter: Jugend und Medien: Fernsehen als Leitmedium: Entwicklungsphasen, Nutzung und Funktionen der Medien für Jugendliche. – S. 562 – 576

„Der Beitrag stellt Veränderungen der Bedeutung von Radio, Fernsehen und Tageszeitung für Jugendliche seit den 70er Jahren dar. Besonderes Augenmerk wird auf die Rolle des Fernsehens für die Heranwachsenden in den 90er Jahren gelegt.“

(1999) Nr 11

Dubrau, Claudia; Windgasse, Thomas: Eins Live TV: Neue Formate für junge Zuschauer in öffentlich-rechtlichen Vollprogrammen. – S. 577 – 582

Der Beitrag zeigt die grundsätzliche Problematik neuer jugendspezifischer Angebote in öffentlich-rechtlichen Vollprogrammen exemplarisch am Scheitern des WDR-Magazins Eins Live TV. Junge Leute schreiben „dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen Attribute wie grau, wenig Spaß machen und Konservativ zu...“. Diese Imagefaktoren reichen zum Teil so weit, dass Formate, die junge Menschen ansprechen, gar nicht erst gefunden werden, weil sie im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht erwartet werden ...“

Wöste, Marlene: Öffentlich-rechtliches Fernsehen: Für Jugendliche nicht gut genug?: Nutzungsverhalten und Präferenzen junger Leute beim Fernsehen. – S. 583 – 590

„Junge Menschen präferieren private Fernsehsender. Ausgehend von diesem Befund werden in diesem Bei-

trag Antworten auf die Frage gesucht, ob die Schwierigkeiten des öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit den jungen Nutzergruppen eine Frage der Inhalte oder vielmehr ein Problem des programmlichen Umfelds und des Images sind“

Eimeren, Birgit van; Maier-Lesch, Brigitte: Internetnutzung Jugendlicher: Surfen statt Fernsehen?: Sonderauswertung aus der ARD/ZDF-Online-Studie 1999. – S. 591 – 599

Das Internet ist weit entfernt davon, „das Medienrepertoire Jugendlicher zu dominieren. Mit einem Anteil von 5 Prozent an der Gesamtmediennutzung Jugendlicher nimmt das Internet... (noch) einen relativ geringen Teil im Medienalltag ein. Dieser ist bei jungen Rezipienten ebenso wie bei Erwachsenen generell weiterhin durch die Massenmedien Fernsehen und Hörfunk geprägt Allerdings zählen die 14- bis 29-jährigen... zu dem Bevölkerungssegment, für das Surfen im World Wide Web zum Alltag gehört“

(1999) Nr 12

Feierabend, Sabine; Klingler, Walter: Kinder und Medien 1999: Ergebnisse der Studie KIM 99 zur Mediennutzung von Kindern. – S. 610 – 625

Schäfer, Albert: Der Kinderkanal von ARD und ZDF – ein unverzichtbares Angebot: Programmschwerpunkte und Nutzungsdaten. – S. 626 – 634

Stampfle, Sabine; Grajczik, Andreas: Internet für Kinder: Das SWR-Kindernetz: Ziele, Inhalte und Nutzung eines öffentlich-rechtlichen Internetangebotes. – S. 635 – 640

Breunig, Christian: Programmqualität für Kinder: Diskussion Kinderfernsehen: Nutzungspräferenzen und Qualitätskriterien für die Programmplanung. – S. 642 – 650

(2000) Nr 1

Müller, Dieter K.: Fernsehforschung ab 2000 – Methodische Kontinuität. – S. 1 – 7

Schütz, Walter J.: Deutsche Tagespresse 1999: Ergebnisse der fünften gesamtdeutschen Zeitungsstatistik. – S. 8 – 29

Schütz, Walter J.: Redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse. – S. 30 – 39

Media Psychology

Jg 1 (1999) Nr 4

Hinds, Pamela J.: The Cognitive and Interpersonal Costs of Video. – S. 283 – 311

Goldenberg, Jamie L.; Greenberg, Jeff; Solomon Shelden: The Appeal of Tragedy: A Terror Management Perspective. – S. 313 – 329

Yoon, Kak; Bolls, Paul D.; Muehling, Darrel D.: The Effect of Involvement, Arousal, and Pace on Claim and Non-claim Components of Attitude toward the Ad. – S. 331 – 352

Perloff, Richard M.: The Third-Person Effect: A Critical Review and Synthesis. – S. 353 – 378

Media, Culture & Society

Jg 21 (1999) Nr 6

Mayhew, Leon: Money, persuasion and American values. – S. 707 – 726

Zolo, Danilo: From ‘historic compromise’ to ‘telecratic compromise’: notes for a history of political communication in Italy between the First and Second Republic. – S. 727 – 741

Hogan, Jackie: The construction of gendered national identities in the television advertisements of Japan and Australia. – S. 743 – 758

Bell, Desmond; McNeill, David: Multimedia and the crisis economy in Japan. – S. 759 – 785

Fetveit, Arild: Reality TV in the digital era: a paradox in visual culture?. – S. 787 – 804

Jg 22 (2000) Nr 1

Scannell, Paddy: For-anyone-as-someone structures. – S. 5 – 24

Ellis, John: Scheduling: the last creative act in television. – S. 25 – 38

Davis, Aeron: Public Relations, news production and changing patterns of source access in the British national media. – S. 39 – 59

Kitzinger, Jenny: Media templates: patterns of association and the (re-)construction of meaning over time. – S. 61 – 84

Benavides, José Luis: Gaceta: a keyword for a revisionist approach to the political economy of Mexico’s print news media. – S. 85 – 104

Medien + Erziehung

Jg 43 (1999) Nr 6

Hickethier, Knut: Orientierungsvermittlung, Verhaltensmodellierung, Sinnstiftung: Zu den gesellschaftlichen Funktionen der Medien. – S. 348 – 351

Das Heft 6/99 beschäftigt sich in weiteren Artikeln mit der Frage, inwieweit Medienwirkungen die Persönlichkeitsentwicklung beeinflussen und gesellschaftlichen Wandel initiieren bzw. mitgestalten.

Jg 44 (2000) Nr 1

Lange, Andreas; Lüscher, Kurt: Kinder und ihre Medienökologie in „postmodernen“ Zeiten: Soziologische Anmerkungen zur Medienpädagogik. – S. 41 – 50

Medien Journal

Jg 23 (1999) Nr 2

Busch, Brigitta: Von Minderheitenmedien zu Medien in multilingualen & multikulturellen Situationen: Versuch eines Überblicks über das Forschungsfeld. – S. 3 – 12

Jensdottir, Regina: The Use of Minority Languages in the Media. – S. 13 – 23

Jones, Elin Haf Gruffydd: The Future of Languages in World-Wide Networks. – S. 24 – 28

Kogoj, Cornelia: Minderheiten und Medien in Österreich: Beschreibung eines kommunikativen Mißverhältnisses. – S. 29 – 39

Pringle, Ian; Luger, Kurt: The People's Voice: Radio Sagarmatha – Nepal's Public-Interest Radio Station. – S. 48 – 55

Jg 23 (1999) Nr 3

Wirth, Werner: Neue Wissenskluft durch das Internet?: Eine Diskussion relevanter Befunde und Konzepte. – S. 3 – 19

Görke, Alexander; Kollbeck, Johannes: Wie bitte, Wissensgesellschaft?: Ein systemtheoretischer Zwischenruf. – S. 20 – 29

Meckel, Miriam: Vom Wissen zum Meta-Wissen: Informatisierung und Orientierung (in) der modernen Gesellschaft. – S. 30 – 41

Fjelstad, Per: Language „Thickness“ and Popular Pride: Tejano Radio in South Texas. – S. 40 – 47

Loosen, Wiebke: Suchmaschinen: ‘Informations- und Wissensverwalter’ im World Wide Web. – S. 42 – 48

Lauff, Sigrid; Rosenberger, Bernhard: Pionier in neuen Medien: Wie sich Berufe und Berufsbilder durch die neue Wissensgesellschaft ändern. – S. 49 – 55

medien praktisch

Jg 23 (1999) Nr 4

Aufenanger, Stefan: Lernen mit neuen Medien – Was bringt es wirklich?: Forschungsergebnisse und Lernphilosophien. – S. 4 – 8

Tulodziecki, Gerhard: Multimediale Angebote – verbessern sie Lernen und Lehren?: Lernlehrtheoretische Grundlagen und didaktische Perspektive. – S. 10 – 13

Wagner, Wolf-Rüdiger: Kulturtechnik Multimedia: Die Technikignoranz der Medienpädagogik und die Notwendigkeit ihrer Neuorientierung. – S. 14 – 19

Dichanz, Horst: Vernetzte Lehr- und Lernwelten: Aufgaben und Perspektiven. – S. 20 – 22

Stang, Richard: Neue Medien als Herausforderung: Veränderte Perspektiven in der Erwachsenenbildung. – S. 23 – 25

Mause, Doris: Konflikte im Netz: Information und Manipulation im Internet am Beispiel des Kosovo-Kriegs. – S. 26 – 28

Fritz, Jürgen; Fehr, Wolfgang: Identität durch Spiel: Computerspiele als Lernanreize für die Persönlichkeitsentwicklung. – S. 30 – 32

Fachgruppe Schule der GMK: Medien und Informationstechnologien in Schule und Unterricht. – S. 33 – 35

Bachmair, Ben: Kinderkultur und Fernsehen: Aktuelle Fernsehnutzung der Kinder und Trends einer kulturellen Veränderung. – S. 52 – 56

Jg 24 (2000) Nr 1

Aufenanger, Stefan: Medien-Visionen und die Zukunft der Medienpädagogik: Plädoyer für Medienbildung in der Wissensgesellschaft. – S. 4 – 8

Faßler, Manfred: Mediale Zukünfte: Auf der Schwelle zu einer neuen Epoche. – S. 8 – 12

Mikos, Lothar: Im Netz der Medien und der Pouklärkultur: Die Medien-Zukunft zwischen Ausdifferenzierung und Integration. – S. 13 – 14

Seeßlen, Georg: Industrielle Magie. – S. 15 – 21

Hollstein, Miriam: Das Leben als Computerspiel Zukunftsvisionen im Kino. – S. 23 – 26

Elling, Elmar: Wie verstehen junge Kinder die Kulturtechnik Fernsehen?: Medienkompetenz von Vorschulkindern. – S. 31 – 34

Neuß, Norbert; Aufenanger, Stefan: Alles Werbung oder was?: Förderung der Werbekompetenz bei Vorschulkindern. – S. 47 – 51

Wulff, Hans J.: Bilder der Psychiatrie: Analytiert in Filmen der 90er Jahre. – S. 51 – 56

Neumann-Braun, Klaus: Chat und Talk: Kids, Jugendliche und die Lust am dramatisch Normalen. – S. 56-58

Buschmann, Gerd: Michael Jackson: Der Erlöser als synthetisches Medienprodukt. – S. 59 – 64

tionsprobleme des Rechtssystems anzuwenden. Dabei wird angedeutet, wie derartige Ansätze zur Verbesserung des Umgangs mit der Ressource Wissen im Recht genutzt werden können und wie eine solche Beschäftigung einen Beitrag für die Betrachtung des Rechts als Informations- und Kommunikationssystem leisten könnte. Dabei werden die verschiedenen Ebenen von Wissensmanagement analysiert sowie die wichtigsten Wissensarten unterschieden und auf das Rechtssystem in einigen Beispielen angewandt, wobei zugleich Möglichkeiten und Grenzen des Wissensmanagements für die juristische Praxis und Theoriebildung aufgezeigt werden.

Trafkowski, Armin: Die sachliche Abgrenzung der Märkte im Internet. – S. 630 – 636

Mit der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung des Internet drohen von den konkurrierenden Unternehmen vermehrt auch Wettbewerbsbeschränkungen. Das Kartellrecht hält im GWB und im TKG Instrumente bereit, um solche Wettbewerbsbeschränkungen abzuwehren. Ansatzpunkt für ein kartellbehördliches Einschreiten ist dabei stets das der missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung bzw. das Verhindern der Entstehung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung durch Zusammenschlüsse. In beiden Fällen ist die Feststellung der relevanten Märkte und deren Beherrschung erforderlich. Der Verfasser hat sich mit der ersten Frage auseinander gesetzt. Bei der Marktabgrenzung im Internet hat er einerseits internetspezifische Kommunikationsmärkte und andererseits Märkte, die sich des Internets lediglich als neues Kommunikationsmittel bedienen, ermittelt.

Leistner, Matthias: Der Schutz von Telefonverzeichnissen und das neue Datenbankherstellerrecht. – S. 636 – 642

Am 6.5.1999 hat sich der BGH in einer Leitentscheidung mit dem rechtlichen Schutz von Telefonverzeichnissen befasst. Die höchsten Richter prüften einen urheber-, datenbankhersteller- und wettbewerbsrechtlichen Schutz, wobei sie sowohl den ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Schutz als auch ein Leistungsschutzrecht des Datenbankherstellers für Telefonverzeichnisse bejahten. Das Urteil trifft gleich eine ganze Anzahl bemerkenswerter Aussagen: So ist der urheberrechtliche Teil der Entscheidung im Hinblick auf die Vorgaben der Datenbankrichtlinie kritisch zu überprüfen. Die Entscheidungsgründe zum ergänzenden wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutz stellen eine bemerkenswerte Annäherung an das Konzept eines wettbewerbsrechtlichen Investitionschutzes dar. Und schließlich sind die Aussagen des BGH zum neuen Datenbankherstellerrecht als europaweite erste höchstrichterliche Judikatur in diesem Bereich von besonderer Bedeutung. Der nachfolgende Beitrag zeichnet die genannten Schwerpunkte des Urteils nach: Ganz besonderes Augenmerk gilt den Ausführungen des BGH zum Datenbankherstellerrecht. Sie werden zum Anlass genommen, einige allgemein gültige Überlegungen zur richtigen Auslegung des Datenbankbegriffs, des Begriffs der wesentlichen Investition und zur Frage der Anwendbarkeit des § 5 UrhG auf das Datenbankherstellerrecht anzustellen

Böhm, Steffen: Unerlaubte Telefonwerbung im geschäftlichen Bereich. – S. 643 – 648

Medienpsychologie

Jg 11 (1999) Nr 4

Zillmann, Dolf; Taylor, Kay; Lewis, Kelly: Dispositions Toward Public Issues as Determinants of Reactions to Bad and Good News. – S. 231 – 243

Rockwell, Steven C.; Bryant, Jennings: Enjoyment of Interactivity in an Entertainment Program for Children. – S. 244 – 259

Berghaus, Margot: Student und interaktive Medien: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur „AlphaBITisierung“ der Hochschulen. – S. 260 – 289

Message

Jg 2 (2000) Nr 1

Wolf, Michael J.; Sands, Geoffrey: Nachrichten vom Laptop. – S. 10 – 15

Schrape, Klaus; Trappel, Josef: Evolution statt Revolution. – S. 16 – 23

Esser, Frank: Bald nach neuen Spielregeln. – S. 62 – 67

Russ-Mohl, Stephan: News-Fetzen vom Balkan. – S. 80 – 83

Wanckel, Endress: Wahrheit geht vor Schönheit. – S. 102 – 106

Multimedia und Recht

Jg 2 (1999) Nr 11

Burkert, Herbert; Eppler, Martin J.: Wissensmanagement im Recht: Möglichkeiten und Grenzen einer wissensorientierten Rechtsbe trachtung. – S. 627 – 630

Dieser Artikel versucht die zentralen Prinzipien und Konzepte des Wissensmanagements auf Informa-

Hoeren, Thomas: Suchmaschinen, Navigationssysteme und das Wettbewerbsrecht. – S. 649 – 652

Im Internet haben Suchmaschinen und Navigationssysteme eine zentrale Bedeutung. Dementsprechend häufen sich Fragen danach, wer eigentlich einen Anspruch auf Aufnahme in solche Tools geltend machen kann. Im Weiteren soll kurz untersucht werden, welche laurerkeitsrechtlichen Vorgaben ein Inhalteanbieter enthalten muss, um überhaupt eine Aufnahme in ein Suchtool rechtfertigen zu können.

Jg 2 (1999) Nr 12

Beiner, Torsten: Der urheberrechtliche Schutz digitalisierter Presseartikel in unternehmenseigenen Datenbanken. – S. 691 – 697

Der für Urheberrecht zuständige 1. Senat des BGH hat in seiner Entscheidung v. 10.12.1998 (MMR 1999, 409 f.) zur Zulässigkeit des elektronischen Archivierens digitalisierter Presseartikel Stellung genommen. Der folgende Beitrag untersucht, inwieweit durch die Herstellung und Nutzung elektronischer Pressearchive unbefugt in die Verwertungsrechte der Urheber eingegriffen wird und ob Pressearchive ggf. urheberrechtlichen Beschränkungen unterliegen. Ergänzend setzt der Verfasser sich mit den betreffenden Regelungen in den WIPO-Verträgen und im geänderten Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft vom 21.5.1999 auseinander.

von Lackum, Jens: Verantwortlichkeit der Betreiber von Suchmaschinen. – S. 697 – 704

Die Dezentralisierung des Internet, insbesondere des World Wide Web, bewirkt, dass es kein Inhaltsverzeichnis gibt, durch das einzelne Seiten leicht aufzufinden wären. Diese Lücke zu schließen ist die Aufgabe von Suchmaschinen (sog. search engines), die durch Eingabe eines Stichworts auf die betreffenden Seiten verweisen, teilweise mit einer kurzen Beschreibung oder den Anfangssätzen des Dokuments. Mittels Mausklick auf den angebotenen Hyperlink ist die gesuchte Seite dann zu erreichen. Gerade angesichts der begrenzter werdenden Anzahl einprägsamer und werbewirksamer Domain-Namen wird es schwieriger, sich bestimmte Internet-Adressen (sog. URL) zu merken. Durch Eingabe von Buchstaben und Wörtern direkt in das Addressfeld gelingt es daher immer seltener, eine Seite aufzufinden, deren Domain man nicht genau kennt. Die Bedeutung von Suchmaschinen für die Internet-Recherche wächst daher ständig, und immer mehr Menschen greifen zum Internet-Surfen auf Suchmaschinen zurück. Ganz im Gegensatz zu der überragenden Bedeutung von Suchmaschinen bei der Nutzung des Internet steht aber deren rechtliche Durchdringung. Denn wie im Folgenden dargestellt wird, ist die Verantwortlichkeit der Suchmaschinen-Betreiber mit den viel diskutierten rechtlichen Problemen des Setzens von Hyperlinks verknüpft; doch letztlich bildet das Betreiben von Suchmaschinen eine eigene Materie, die mit den bislang für das Setzen von Hyperlinks entwickelten Theorien allein nicht zu lösen ist, sondern einer eigenständigen Betrachtung bedarf.

Koch, Alexander: Strafrechtliche Verantwortlichkeit beim Setzen von Hyperlinks auf missbilligte Inhalte. – S. 704 – 710

Waren es bis zum Inkrafttreten des IuKDG vor allem die Zugangs-Provider, die im Mittelpunkt des strafrechtlichen Interesses standen, rücken nun die „normalen“ Linksetzer immer mehr in das Bewusstsein der Literatur. Umstritten sind dabei vor allem drei miteinander verzahnte Bereiche: Die Anwendbarkeit der § 5 TDG und § 5 MDStV, die Möglichkeit einer taterhaften Begehung von Straftaten durch das Setzen von Links sowie die Unterlassensproblematik. Die ersten beiden Fragen sollen hier schwerpunktmaßig erörtert werden.

von Wichert-Nick, Dorothea: Mißbrauchsauflösung im lokalen TK-Markt: Von der sektorspezifischen Regulierung zum allgemeinen Wettbewerbsrecht. – S. 711 – 715

Dieser Beitrag analysiert die regulatorischen Probleme bei der Förderung nachhaltigen Wettbewerbs im lokalen Telekommunikations(TK)-Markt. Trotz umfangreicher Liberalisierungsanstrengungen ist in diesem Teilmkt bislang kaum Wettbewerb entstanden. Eine Vielzahl neuer Technologien und die wachsende, differenzierte Nachfrage im Ortsnetz sprechen gegen den Fortbestand des lange Zeit angenommenen natürlichen Monopols. Vielmehr scheint das derzeit in Deutschland eingesetzte Regulierungsinstrumentarium nur bedingt geeignet zu sein, die Öffnung des lokalen TK-Markts voranzutreiben. Der deutsche Regulierungsrahmen wird in diesem Beitrag daher am Beispiel der Missbrauchsregulierung (Netzzugangs- und Endpreisregulierung) einer Revision unterzogen, die vor allem die Notwendigkeit der verstärkten Förderung des Netzwettbewerbs betont. Diese Revision zeigt nicht nur, dass eine Verschlankung der Wettbewerbsregeln vorgenommen werden könnte, sondern in einem zweiten Schritt auch, dass eine beschleunigte Überführung der Regulierung in das Wettbewerbsrecht in Form der 6. GWB-Novelle möglich ist.

Scheuch, Erwin K.: Bewertung des Marktanteilmodells aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht. – S. 715 – 720

Wir wissen weniger über Medienwirkung, als im Medienrecht unterstellt wird. Vor einer starren Anwendung der 30-Prozent-Grenze ist zu warnen. Ob sie tatsächlich gegeben ist, ist nach dem Vorgehen bei der Ermittlung des Marktanteils fraglich. Die hiermit erhaltenen „Währung“ für die Werbewirtschaft beruht auf einer vertraglich zwischen der Werbewirtschaft vereinbarten Folge von Fragestellungen. Das Ergebnis soll dem Kunden gegenüber den sog. „Tausender-Preis“ anzeigen. Mit Messung der Werbewirkung hat dies nichts zu tun. Das hierbei verwendete Instrumentarium ist auch ungeeignet angesichts der Veränderungen im Zuschauerverhalten, da mit der Fernbedienung zwischen den Sendungen „gezappt“ wird und die durchschnittliche Zeit, die mit einem Programm verbracht wird, heute ca. 19 Minuten beträgt. Die Wirkungsweise des Fernsehens ändert sich mit dem Angebot und der Effekt einer Sendung ist bei einem Spartenprogramm intensiver als bei einem Vollprogramm. Die Marktanteile bleiben hier entsprechend unter der 30-Prozent-Grenze. Bei Vollprogrammen ist nach der Zersplitterung in fast 40 Kanäle eine starre Grenze pro-

blematisch. Der Akzent muss sich auf die Kontrolle über die Inhalte verlagern. Zudem muss der Zugang für weitere Sender offen bleiben. Das sind heute die Schwerpunkte über die Kontrollmöglichkeiten.

new media & society

Jg 1 (1999) Nr 3

Bloch, Linda Reneé; Lemish, Daphna: Dismissible Love: The rise and fall of a virtual pet. – S. 283 – 303

Tambini, Damian: New media and democracy: The civic networking movement. – S. 305 – 329

Lee, Sarah: Private use in public space: A study of an internet café. – S. 331 – 350

Chalaby, Jean K.; Segell, Glen: The broadcasting media in the age of risk: The advent of digital television. – S. 351 – 368

Nordicom Review

Jg 20 (1999) Nr 2

Halonen, Irma Kaarina: Mama, Mama. My hand is gone!: Images of Women in War News Reporting. – S. 5 – 18

Lauk, Epp: Practice of Soviet Censorship in the Press: The Case of Estonia. – S. 19 – 31

Hetland, Per: The Internet in Norway: Dissemination and Use. – S. 33 – 44

Tufte, Brigitte; Tufte, Thomas: Parental Control of Broadcasting, Film, Audiovisual and On-line Services in Denmark. – S. 45 – 59

Schröder, Kim; Phillips, Louise: Mediatised Politics: Political Discourses and the Media in Contemporary Danish Democracy: A Project Outline. – S. 59 – 70

Hjarvard, Stig: Global Media Cultures: A Research Programme on the Role of Media in Cultural Globalization. – S. 71 – 77

Soramäki, Martti: Film is Art. – S. 85 – 92

Pedersen, Vibeke: Invasion of the Body-stockings: The Threat of Feminity in the Old Public Service Television. – S. 93 – 100

Political Communication

Jg 16 (1999) Nr 4

Kim, Joohan; Wyatt, Robert O.; Katz, Elihu: News, Talk, Opinion, Participation: The Part played by Conversation in Deliberative Democracy. – S. 361 – 385

Deliberative Demokratie wird als ein politisches System verstanden, das auf der freien Diskussion der Bürger über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse beruht. Mittels einer empirischen Studie untersuchen die Autoren die Beziehungen zwischen vier für das Modell der deliberativen Demokratie wesentlichen Elementen: den Gebrauch von Nachrichten, das politische Gespräch, die Meinungsbildung und die Partizipation. Es lassen sich folgende Befunde statistisch absichern: (a) die Nutzung von Nachrichten ist eng mit der Häufigkeit politischer Gespräche sowohl im Allgemeinen als auch zu spezifischen Problemthemen verknüpft; (b) die Bereitschaft, mit Menschen anderer Auffassung zu debattieren, wird durch die Wahrnehmung von Mehrheitsverhältnissen sowie durch die Nutzung von Nachrichten und die Häufigkeit politischer Gespräche beeinflusst; (c) die Nutzung von Nachrichtenmedien und das politische Gespräch haben positive Wirkungen auf Qualitätsmaße von Meinungen (Argumentqualität, Wohlüberlegtheit, Ausmaß der Entwicklung eigener Meinungen) und eventuell auch auf die Konsistenz der Meinung; (d) die Nutzung von Nachrichtenmedien und das politische Gespräch sind eng mit partizipatorischen Aktivitäten verbunden, die der „kampagnenartigen“ Artikulation von Interessen innerhalb der Prozeduren des etablierten politischen Systems, weniger der Beschwerde dienen.

Rahn, Wendy M.; Hirshorn, Rebecca M.: Political Advertising and Public Mood: A Study of Children's Political Orientations. – S. 387 – 407

Bimber, Bruce: The Internet and Citizen Communication With Government: Does the Medium Matter?. – S. 409 – 428

Auf der Grundlage von Umfragedaten für die USA untersucht der Beitrag die Auswirkungen der neuen Möglichkeit, via Internet mit Regierungsstellen in Kontakt zu treten. Der Vergleich zu herkömmlichen Methoden der Kontaktaufnahme offenbart zwar signifikante, aber nur geringfügige Effekte im Sinne einer erleichterten Kommunikation. Für die neuen Technologie, die Onlinekommunikation, lassen sich vorübergehende Effekte, die mit der gesellschaftlichen Diffusion der Onlinekommunikation verschwinden werden (namentlich die Verstärkung der Differenz zwischen hoch und gering formal Gebildeten in Bezug auf ihre Kontaktaufnahme mit dem politischen System) und inhärente Effekte unterscheiden. Die herausragenden inhärenten Effekte der Technik erkennt die Studie für die Dimensionen „Geschlecht“ und „Politisiertheit“ (political connectedness). Die Differenz zwischen den Geschlechtern in Hinsicht auf ihre Kontaktaufnahme mit dem politischen System ist beim Internet größer als bei den traditionellen Formen (Brief, Anruf); der Grad der „Politisiertheit“ weist nur einen schwachen Zusammenhang zur Internetnutzung für die politische Kommunikation auf.

Jenkins, Richard W.: How Much is Too Much?: Media Attention and Popular Support for an Insurgent Party. – S. 429 – 445

Public Opinion Quarterly
Jg 63 (1999) Nr 3

Valentino, Nicholas A.: Crime news and the priming of racial attitudes during evaluations of the president. – S. 293 – 320

Cutler, Fred: Jeremy Bentham and the public opinion tribunal. – S. 321 – 346

Knäuper, Bärbel: The impact of age and education on response order effects in attitude measurement. – S. 347 – 370

Publizistik
Jg 44 (1999) Nr 4

Vowe, Gerhard: Medienpolitik zwischen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. – S. 395 – 415

Koschwitz, Hansjürgen: „O Freiheit süß der Presse!“: Goethes kritische Sicht der zeitgenössischen Journalistik. – S. 416 – 430

Rolke, Lothar: Die gesellschaftliche Kernfunktion von Public Relations – ein Beitrag zur kommunikationswissenschaftlichen Theorie- diskussion. – S. 431 – 444

Scharf, Wilfried; Mühlenfeld, Hans-Ullrich; Stockmann, Ralf: Zur Kriminalitätsberichterstattung in der Presse. – S. 445 – 462

TelevIZion
Jg 12 (1999) Nr 2

Ohne Tabuverletzung geht es nicht: Interview mit Albert Schäfer, dem Geschäftsführer des Kinderkanals ARD/ZDF. – S. 5 – 7

Buckingham, David: Verwischte Grenzen: „Teletubbies“ und Kindermedien. – S. 8 – 13

Hake, Karin: Nicht ohne Forschung!. – S. 14 – 15

White, Anne M.: Ihr seid schuld. Die Zeitungen. – S. 16 – 20

Howard, Sue; Roberts, Susan: Moralpanik. – S. 21 – 27

Stipp, Horst: Im Visier der amerikanischen Programmkritik. – S. 28 – 29

von Hofacker, Nikolaus: Die ersten Lebensjahre. – S. 30 – 33

Marsh, Jackie: Mit den „Teletubbies“ Sprechen, Lesen und Schreiben lernen. – S. 34 – 37

Elliott, Roslyn: Fernsehen in Kindertagesstätten. – S. 38 – 41

Lemish, Dafna; Tidhar, Chava E.: Lebensnahe Mütter. – S. 42 – 50

Höller, Claudia; Müller, Sabine: „Ah oh – jetzt ist Teletubby-Zeit“. – S. 51 – 52

Götz, Maya: Begeisterung bei den Kindern, Besorgnis bei den Eltern. – S. 54 – 63

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
Jg 43 (1999) Nr 10

Holoubek, Michael: Die Organisationsstruktur der Regulierung audiovisueller Medien – Typologie und Entwicklungstendenzen. – S. 665 – 672

Der Autor setzt es sich zum Ziel, die typischen Organisationsstrukturen der Regulierung audiovisueller Medien in Europa herauszuarbeiten. Zu den Kompetenzen von Regulierungsbehörden in diesem Bereich zählten Infrastrukturverwaltung, Marktzutrittsregulierung und Marktüberwachung. Die Funktionen des Regulators könnten in administrative, judizielle und regelsetzende unterschieden werden. Mögliche Organisationsformen sind Formen der Selbstregulierung, staatliche Verwaltung, Gerichte und unabhängige Regulierungsbehörde. In seiner Bewertung betont der Autor, dass im Bereich der Regulierung audiovisueller Medien eine Entwicklung zu erkennen sei, die verstärkt das Instrument Wettbewerb und Wettbewerbsregulierung einsetzt und Formen imperativer Regulierung etwas zurücknimmt. Kein allgemeiner Trend lasse sich in der Frage feststellen, ob die Entwicklung in Richtung medienübergreifender Regulierungsbehörden geht oder ob es bei sektorspezifischen Regulierungsbehörden verbleibt. Die Entscheidung, welche Auswirkungen sich aus dem Phänomen der Konvergenz für die Regulierung in diesem Bereich ergeben, sei nicht logisch vorgezeichnet, sondern bedürfe einer politischen Entscheidung. Angesichts der sich rasch verändernden Sachverhalte im Bereich audiovisueller Medien sollten sich rechtliche Vorgaben auf die Definition von Kriterien, Zielen und – hinreichend flexiblen – Instrumenten beschränken. In der momentanen Umbruchssituation sei es sinnvoll, adäquate Organisationsstrukturen bis zu einem gewissen Grade in einem Wettbewerb des Systems zu entwickeln.

Ladeur, Karl-Heinz: Neue Werbeformen und der Grundsatz der Trennung von Werbung und Programm: Virtuelle Werbung, Split Screen und Vernetzung von Medien als Herausforderung der Rundfunkregulierung. – S. 672 – 682

Der Autor weist darauf hin, dass das traditionelle Verständnis unzulässiger Schleichwerbung von der klaren Trennbarkeit zwischen unparteiischen und wahrhaften redaktionellen Botschaften und parteiischer Werbung ausgeht. Die technische und kulturelle Entwicklung führe aber zunehmend zur Durchlässigkeit von bisher getrennt gehaltenen Darstellungsformen. Beispielsweise führe die Digitalisierung der Medienübertragung dazu, dass auch die realistische Inszenierung des Fernsehens immer stärker durch die technologischen Möglichkeiten der Simulation überlagert werde.

Virtuelle Werbung sei längst schon Bestandteil der Medienrealität. Zur Lösung der Probleme, die mit solchen Werbeformen verbunden sind, sei eine Rekonstruktion der Argumente für das Gebot der Trennung von Werbung und Programm erforderlich. Zum einen gehe es um die Verhinderung des Einflusses der werbetreibenden Wirtschaft auf das Programm, andererseits auf der Programmeseite selbst um die Vermeidung der Irreführung der Zuschauer hinsichtlich des „eigentlichen Zwecks“ der Darstellung. Die bisherige Formel in Bezug auf Schleichwerbung lautete, dass „unvermeidbare“ Wiedergabe von Werbung Dritter im Programm nicht als Verstoß gegen das Trennungsgebot angesehen werden kann. Statt auf die Unvermeidbarkeit werde aber zunehmend auf die gesellschaftliche Akzeptanz bestimmter Werbeformen abgestellt. Dies zeigt sich nach Auffassung des Autors auch bei den neuen Regeln im Vierten Rundfunkänderungsstaatvertrag zu virtueller und Split-Screen-Werbung. In dem Beitrag werden diese Normen kritisiert, da sie aus nicht nachvollziehbaren Gründen darüber hinaus gehen, was nötig gewesen wäre, um eine Irreführung des Rezipienten zu vermeiden. Anschließend wird herausgearbeitet, dass die vor allem durch das Bundesverfassungsgericht geprägte Rundfunkdogmatik stark an die Tradition des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anknüpfe und dementsprechend der aktuellen Entwicklung nur bedingt entspreche. Vor diesem Hintergrund sei auch der Trennungsgrundsatz grundsätzlich in Frage zu stellen. Er basiere auf einer Unterscheidung von Verantwortungsbereichen, die angesichts der vielfältigen neuen Werbeformen fiktiv werde. Die Überlegungen in diesem Beitrag „verstehen sich als ein Plädoyer für eine weitere Lockerung des Grundsatzes der Trennung von Werbung und Programm jedenfalls für Sendeformate, die nicht primär eine Informationsfunktion haben ...“ Der Autor spricht sich für eine zeitlich befristete Freiheit zur Erprobung neuer Werbeformen mit bestimmten Sendeformaten und eine damit verbundene Pflicht zur Einhaltung eines Audit-Verfahrens aus, das den Einfluss der Werbung auf das Programm evaluieren und ein Qualitätsmanagement gewährleisten soll.

Schütz, Raimund; Rädler, Peter: Sendernetzbetrieb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: Telekommunikationsrechtlicher Status. – S. 682 – 707

In dem Beitrag, dem eine gutachterliche Stellungnahme für den VPRT zugrunde liegt, wird der Frage nachgegangen, inwieweit das Telekommunikationsgesetz (TKG) auf den Betrieb von terrestrischen Sendernetzen durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Anwendung findet. Die Autoren sind der Auffassung, dass sich die Rundfunkanstalten bei digitalen Übertragungstechniken und bei der Verbreitung neuer Kommunikationsangebote wie Mediendiensten nicht auf den Bestandschutz aus § 97 Abs. 5 TKG be rufen können. Soweit öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten ihre Sendernetze in einem Umfang nutzen wollen, der den Bestandschutz des § 97 Abs. 5 TKG überschreitet, unterliegen sie wie die Privaten in vollem Umfang den Bestimmungen des TKG. Anzuwenden seien insoweit insbesondere die Normen über die Lizenzvergabe und die Regelungen der Frequenz zuteilung. Der Gesetzesvorbehalt und das Privatisierungsgebot des Art. 87 f GG stünden dem Tätigwerden als Telekommunikationsdienstleister für Dritte

entgegen. Aus dem Separierungsgebot in § 14 Abs. 1 TKG folge, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – soweit sie über eine marktbeherrschende Stellung auf einem anderen Markt als der Telekommunikation verfügen – rechtlich selbstständige Sendernetzbetriebsgesellschaften ausgliedern müssten. In Bezug auf die Frequenzzuteilung nach § 47 Abs. 5 Satz 1 TKG sind die Autoren der Auffassung, dass die Rundfunkanstalten keinen Rechtsanspruch auf diese Zuteilung hätten. Anschließend wird in dem Beitrag der Frage nachgegangen, inwieweit Dritte einen Anspruch auf Zugang zu den Netzen der Rundfunkanstalten haben. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die Anstalten aufgrund ihrer regelmäßig marktbeherrschenden Stellung auf dem Markt des terrestrischen Sendenetzbetriebs verpflichtet sind, sowohl Content- als auch Service-Providern Zugang zu ihrem Netz zu gewähren. Diese Verpflichtung folge aus § 35 Abs. 1 TKG, jedenfalls aber aus §§ 19 Abs. 4 Nr. 4, 20 Abs. 1 GWB n. F. Nach der Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit TK-Angebote der öffentlich-rechtlichen Sendernetzbetreiber der Entgeltregulierungspflicht unterliegen, wird der telekommunikationsrechtliche Status von Sendernetzbetriebsgesellschaften untersucht. Eine Rundfunkanstalt dürfe an einer solchen Gesellschaft nur beteiligt sein, wenn sie nach dem für sie geltenden Recht dazu befugt ist; eine Mehrheitsbeteiligung sei sowohl aufgrund des verfassungsrechtlichen Privatisierungsgebots als auch rundfunkverfassungsrechtlich unzulässig.

Jg 43 (1999) Nr 11

Däubler-Gmelin, Herta: Private Vervielfältigung unter dem Vorzeichen digitaler Technik. – S. 769 – 775

Tonträgerhersteller haben gem. § 85 UrhG ein eigenes ausschließlich Vervielfältigungs-, Verbreitungs- und Vermietrecht. Dieses Recht unterliegt grds. denselben Schranken wie die Rechte des Urhebers. Hier nach können auch die Tonträgerhersteller die private Vervielfältigung ihrer Produkte nach dem geltenden Recht nicht unterbinden. Diese Regelung bezeichnet die Autorin angesichts neuartiger Vervielfältigungsmöglichkeiten wie CD-Brenner und MP 3 als nicht mehr zeitgemäß. Die Schrankenregelung der §§ 53 ff UrhG greife unmittelbar in den Kernbereich des Herstellerrechts und bedrohe das Tonträgergeschäft in seiner Substanz. Aus diesem Grunde plädiert die Autorin für die Erhöhung des Vergütungssatzes, den die Hersteller des Vervielfältigungsgerätes und des Trägermaterials an die Verwertungsgesellschaft zahlen muss. Nach der geltenden Rechtslage seien auch PC-Hersteller zu einer solchen Abgabe verpflichtet. Zusätzlich sei über eine Einschränkung der privaten Kopie von CDs nachzudenken.

Spindler, Gerald: Der neue Vorschlag einer E-Commerce-Richtlinie. – S. 775 – 795

Der Beitrag behandelt den neuen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte rechtliche Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt. Der Autor setzt sich sowohl mit dem Anwendungsbereich als auch mit den Auswirkungen auf das Kollisionsrecht, das Vertragsrecht und das Recht der „kommerziellen Kommunikation“ auseinander. Problematisch sei es im

Hinblick auf die Haftungsprivilegien, dass nur wirtschaftliche Tätigkeiten erfasst werden. Als kritikwürdig wird es zudem angesehen, dass – entgegen der Tendenz im deutschen Recht, zwischen technischer und inhaltlicher Seite zu unterscheiden – ganze inhaltsbezogene Dienstleistungskomplexe (etwa Telefon-, Telefax- und Telexdienste) aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen wurden. Schwierigkeiten bereite u. a. die Einordnung von Internet-Telefonie. Access Providing sei hingegen eindeutig einbezogen worden. Inwiefern Dienste, die der Massenkommunikation zuzurechnen sind, von der Richtlinie erfasst werden, sei keineswegs geklärt. Diese Einordnung hat aber wegen der in der Richtlinie vorgesehenen Zulassungsfreiheit weit reichende Folgen. Ausdrücklich ausgenommen seien nur Fernseh- und Radiosendungen. „Ein Feld voller Minen“ hat die Kommission nach Ansicht des Autors mit der Aufnahme des Herkunftsprinzips in Art. 3 des Richtlinienvorschlags betreten. Insbesondere in Verbindung mit dem in der Richtlinie enthaltenen Verbot, Dienste der Informationsgesellschaft aus anderen Mitgliedstaaten aus Gründen einzuschränken, die den durch die Richtlinie koordinierten Bereich betreffen, führe dies dazu, dass für die rechtliche Beurteilung von Online-Tätigkeiten nur noch die Rechtsordnung desjenigen Mitgliedstaates maßgeblich ist, in der der Diensteanbieter seine Niederlassung hat. Allerdings enthalte der Richtlinienvorschlag verschiedene Einschränkungen des Herkunftslandprinzips. Weitreichende Auswirkungen auf das Vertragsrecht habe vor allem Art. 9 des Richtlinienvorschlags, der den Mitgliedstaaten verbietet, den elektronischen Vertragsabschluss zu diskriminieren. Neben dieser Generalklausel analysiert der Autor die Vorgaben zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und der Fehlerkorrektur bei der Übermittlung elektronischer Willenserklärungen sowie die Informationspflichten im Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss. Auch die Werberegeln werden durch die Richtlinie betroffen (sog. kommerzielle Kommunikation). Gegenstand dieses Beitrags sind die Pflicht zur Trennung von Information und Werbung sowie die Regeln zu Spamming bzw. Werbe-E-Mails. Während die in dem Richtlinienvorschlag enthaltenen allgemeinen Informationspflichten über die Vorschriften in Deutschland hinausgingen, folgten die Regeln zur Verantwortlichkeit im Allgemeinen dem Ansatz des § 5 TDG bzw. § 5 MDStV.

Landfermann, Hans-Georg: Der Richtlinienvorschlag „Elektronischer Geschäftsverkehr“: Ziele und Probleme. – S. 795 – 802

Der Autor, Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz, setzt sich mit dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte rechtliche Aspekte des elektronischen Geschäftsverkehrs im Binnenmarkt auseinander. Als von der Richtlinie umfasste Bereiche werden die Dienstleistungsfreiheit der Anbieter, kommerzielle Kommunikation (Werbung im weitesten Sinne), der Vertragsabschluss im elektronischen Geschäftsverkehr, die Verantwortlichkeit der Vermittler und die Durchsetzung von Rechten genannt. Zunächst analysiert der Autor den Anwendungsbereich des Richtlinienvorschlags und setzt sich mit dem Herkunftslandprinzip auseinander. Da nach Art. 3 Abs. 2 des Richtlinienvorschlags die Mitgliedstaaten den freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft aus einem anderen Mitgliedsstaat nicht aus Gründen einschränken

dürfen, die den durch die Richtlinie koordinierten Bereich betreffen, dürften sämtliche Voraussetzungen, die das nationale Recht für die Ausübung solcher Dienste enthalte, solchen Anbieter nicht entgegengehalten werden, die ihre Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat der EU haben. Anschließend behandelt der Beitrag die Auswirkungen einiger Regelungen des Richtlinienvorschlags auf das deutsche Recht in den Bereichen kommerzielle Kommunikation, elektronische Verträge und Verantwortlichkeit von Vermittlern.

Schlette, Volker: Die Einrichtung eines Fensterprogramms gem. §§ 26 Abs. 5, 31 Rundfunkstaatsvertrag als Mittel zur Vielfaltssicherung im privaten Fernsehen. – S. 802 – 811

Gem. § 26 Abs. 5 RStV hat der Veranstalter eines Vollprogramms oder eines Spartenprogramms mit Schwerpunkt Information, das im Jahresdurchschnitt 10 % Zuschaueranteil oder mehr erreicht, in bestimmtem Umfang Sendezzeit für unabhängige Dritte einzuräumen. Die näheren Vorgaben für solche Fensterprogramme enthält § 31 RStV. In diesem Beitrag werden zunächst das alte Konzentrationsrecht von 1991 und die neuen Regelungen im Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag dargestellt, die nach Ansicht des Autors aufgrund der hoch angesetzten Eingriffsschwelle – einem Zuschaueranteil von 30 % – „den gegenwärtigen Zustand der Medienlandschaft [akzeptieren], der durch die beherrschende Stellung zweier Unternehmengruppen [...] gekennzeichnet ist.“ Aus diesem Grunde sei die Verpflichtung zur Einrichtung von Fensterprogrammen die praktisch bedeutsamste Regelung des Medienkonzentrationsrechts. In dem Beitrag werden der Anwendungsbereich dieser Normen, das Spannungsverhältnis von Vielfaltssicherung und Programmautonomie, die Vorschriften zu Auswahl, Zulassung und Finanzierung des Fenster-Veranstalters sowie die Regelungen zu Inhalt, Zeitrahmen und äußerer Gestaltung des Fensterprogramms analysiert.

Gass, Wolfram: Digitale Wasserzeichen als urheberrechtlicher Schutz digitaler Werke?. – S. 815 – 818

Haass, Jörg: Müller oder Brecht?: Zum Einfluss von Kunstfreiheit und Eigentumsgarantie bei Übernahme geschützter Textteile in neue Werke. – S. 834 – 837

Jg 43 (1999) Nr 12

Bartosch, Andreas; Koenig, Christian: Die Pflichten der EU-Beitrittsstaaten zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Bereich der Mobilfunkfrequenzvergabe. – S. 865 – 880

Die künftigen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa sind spätestens im Zeitpunkt des Inkrafttreten ihres Beitritts zur Europäischen Union zur Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstandes („acquis communautaire“) verpflichtet. Zu diesem Besitzstand gehört auch die Richtlinie 87/372/EWG über die Frequenzbänder, die für die

koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft bereitgestellt sind. Die Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, bestimmte Frequenzbänder für GSM-Mobilfunkdienste zu reservieren. Der Beitrag geht der Frage nach, wie der Pflichtenstatus der Beitrittskandidaten betreffend die Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes bis zum Inkrafttreten des Beitritts zu bestimmen ist. Das Rechtsgutachten, auf dem dieser Beitrag basiert, wurde für ein Mobilfunkunternehmen erstellt, das in der Tschechischen Republik ein GSM-Mobilfunknetz in einem bestimmten Frequenzbereich betreibt. Dieser Frequenzbereich wurde neben diesem Unternehmen auch an Anbieter vergeben, die Funkdienste als Festnetzersatz betreiben und dabei eine Technik einsetzen, die nicht den GSM-Standards entspricht. Die Koexistenz mit diesen Funkdiensten führte zu Interferenzen und Qualitätsverlusten. Unter anderem wird in diesem Beitrag das grundsätzliche Vorgehen der Gemeinschaft hinsichtlich Technologiestandardisierung und Frequenzpolitik im Mobilfunkbereich aufgezeigt. Dabei wird auch die Rolle des Europäischen Ausschusses für Funkangelegenheiten (European Radiocommunications Committee, ERC) beleuchtet.

Hess, Wolfgang; Gorny, Nele: Jugendschutz im digitalen (Bezahl-)Fernsehen – Rechtliche und methodische Probleme bei der Einführung und Anwendung veranstalterseitiger Vorsperrsysteme. – S. 881 – 889

Jugendschutz im Rundfunk wird klassischerweise durch zeitliche Vorgabe für bestimmte Programme realisiert. Der Mehrwert des digitalen Fernsehens liegt nun unter anderem darin, dass die Nutzer Sendungen zu von ihnen gewünschten Zeitpunkten empfangen können. Der Rundfunkstaatsvertrag sieht daher vor, dass die Rundfunkveranstalter auch „auf andere Weise“ Vorsorge tragen können, damit Kinder und Jugendliche für sie ungeeignete Sendungen nicht wahrnehmen können. Eine Studie der DLM ergab, dass die Aktivierung von Kindersicherungen in den Empfangsgeräten für Eltern „ein mühsames und häufig verblüffend erfolgloses Unterfangen“ sei. Deshalb schlug die DLM den Veranstaltern in einem Beschluss vor, eine senderseitige Vorsperrung einzuführen. Auch die Ministerpräsidenten beschlossen, im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Ausstrahlung von jugendschutzrelevanten Filmen im digitalen Bezahlfernseh versuchweise für zwei Jahre ohne Senderzeitbeschränkung zuzulassen, wenn und soweit diese mit einer zusätzlichen Sperrre von versehen sind. Nach Auffassung der Autoren greife die Einführung senderseitiger Vorsperrsysteme in die Programmgestaltungsfreiheit der Fernsehveranstalter und damit in den Kernbereich der Rundfunkfreiheit ein. Somit bedürfe es für diese Einführung einer gesetzlichen Grundlage, die durch den Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag geschaffen werde. Vor Inkrafttreten der neuen Regelungen habe sich die DLM mit ihrem Beschluss außerhalb ihres Kompetenzbereichs bewegt. Zudem sind die Autoren der Auffassung, dass dem verwaltungsrechtlichen Untersuchungsgrundgesetz nicht genüge getan wurde, da die Ergebnisse der von der DLM in Auftrag gegebenen Studie – aufgrund ihres rein qualitativen Ansatzes und der zu kleinen Stichprobe – nicht repräsentativ seien. Grundsätzlich sehen die Autoren die Einführung senderseitiger Vor-

sperrsysteme im Hinblick auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip (keine Möglichkeit, die Vorsperrung gänzlich auszuschalten) und den verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz (Vergleich mit Programmen ausländischer Veranstalter) als problematisch an. Die Rechtfertigung der Benachteiligung deutscher Veranstalter unter dem Gesichtspunkt der Inländerdiskriminierung erscheine „zumindest in der momentanen Rechtslage problematisch“, da sich die Fernsehrichtlinie, die die Möglichkeit der Inländerdiskriminierung vorsieht, lediglich an die nationalen Gesetzgeber, nicht aber an die Exekutive richte.

Libertus, Michael: Access-Providing durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. – S. 889 – 897

Inwieweit öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten Onlinedienste als sog. Content-Provider anbieten dürfen, ist Gegenstand einer sowohl politischen als auch rechtswissenschaftlichen Debatte. Der Gesetzgeber hat im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Rundfunkanstalten dazu ermächtigt, vorwiegend programmbezogene Mediendienste anzubieten. Weitgehend unbehobelt ist hingegen die Frage der Zulässigkeit des Access-Providing durch öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Die britische BBC bietet seit 1999 einen Zugang zum Internet an. Der Autor dieses Beitrags ist der Auffassung, dass Access-Providing nicht als Teil der Grundversorgungsaufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesehen werden könne, da diese nur inhaltsbezogene Dienste umfasste, Access-Providing aber als überwiegend technischer Dienst einzustufen sei. Jedoch falle die Zugangsvermittlung als „zulässige Hilfstatigkeit in den gesetzlich vorgegebenen Funktionskreis der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, weil angesichts der dynamisch verlaufenden Entwicklung im Online-Bereich der Zugang immer mehr über sog. Portale stattfindet und das Internet zunehmend auch als Plattform der Verbreitung von Rundfunkangeboten dient.“

Haupt, Stefan: Die Übertragung des Urheberrechts. – S. 898 – 904

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht Jg 44 (2000) Nr 1

Rehbinder, Manfred: Nachrichten als Sprachwerke. – S. 1 – 5

Gegenstand dieses Beitrags sind die Schutzmöglichkeiten von Nachrichtenagenturen gegen die Übernahme ihrer Nachrichten. Im Vordergrund steht hierbei die Frage nach dem Schutz durch das Urheberrecht. Der Autor untersucht, inwieweit einzelne Nachrichten als Sprachwerke im Sinne von Art. 2 Abs. 1 Revidierte Bärner Übereinkunft und Art. 2 Abs. 2 Schweizerisches Urheberrechtsgesetz anzusehen sind. Hierbei sei insbesondere von Bedeutung, „wann der Schritt von der nackten Information zum Werk mit selbstständigem sprachlichen Gepräge“ erfolge. Insbesondere in Auswahl, Anordnung und Gliederung von Informationen könne eine individuelle Gestaltung gesehen werden, die urheberrechtlichen Schutz genieße.

Schröder, Jürgen: Rechtliche Grenzen von Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Eigen-

werbung bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. – S. 6 – 11

Der Autor untersucht, welchen rundfunk-, wettbewerbs- und haushaltsrechtlichen Vorgaben Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Eigenwerbung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten unterworfen sind. Marketingaktivitäten im allgemeinen Sinne einer optimalen Erfüllung von Unternehmenszielen und Öffentlichkeitsarbeit in angemessenem Umfang stießen grundsätzlich auf keinerlei rechtliche Bedenken. Eigenwerbung sei dem eigenständigen Programm zuzurechnen und daher von den Werbebestimmungen des Rundfunkstaatsvertrags nicht ausdrücklich erfasst. Schranken seien ihr im Wesentlichen durch die wettbewerbsrechtlichen Vorschriften der §§ 1, 3 UWG gesetzt. Zudem seien die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

Paulweber, Michael: Europäische Telekommunikationspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Liberalisierung und Wettbewerb versus Harmonisierung und Reregulierung. – S. 11 – 36

Ende 1999 fand eine Revision der europäischen Telekommunikationspolitik statt. Vor diesem Hintergrund versucht der Beitrag, das Verhältnis zwischen nationaler Regulierung und den Vorschriften des EG-Vertrages sowie die verschiedenen Vorschläge einer materiellen und institutionellen Neuausrichtung der gemeinschaftlichen Telekommunikationspolitik zu beleuchten. Probleme bereite vor allem das Verhältnis der nationalen Aufsichtsbehörden zur Europäischen Kommission in Fragen der Telekommunikation. Nach Auffassung des Autors gelten hier die Grundsätze des allgemeinen Wettbewerbsrecht, d. h. parallele Anwendbarkeit von europäischem und mitgliedstaatlichem Recht und im Konfliktfall Anwendungsvorrang des europäischen Rechts. Europäisches und nationales Telekommunikationsrecht seien aber so stark verschränkt, dass sich gewisse Modifikationen zu den allgemeinen Grundsätzen ergeben. Diese Verschränkung ergebe sich daraus, dass die mitgliedstaatlichen Regulierungsordnungen im Wesentlichen aus umgesetzten europäischen Richtlinien bestünden. Zudem unterscheide sich die Ausrichtung des telekommunikationsrechtlichen Open Network Provision-Konzept von der der Wettbewerbsregeln. Hieraus folge ein gewisser Unterschied zum allgemeinen Grundsatz des Vorrangs des europäischen Wettbewerbsrecht: Eine Verbotsentscheidung der nationalen Regulierungsbehörde aufgrund der sektorspezifischen Missbrauchsregeln bleibe auch dann möglich, wenn die Kommission einen Negativattest erlassen, also „grünes Licht“ gegeben habe. Gleichwohl könne die Überwachungskompetenz der Kommission nach den Art. 81 f., 86 EGV und nach den Grundsätzen der effet utile-Rechtsprechung zum Tragen kommen. Dies gelte vor allem dann, wenn sich Auffassungsunterschiede zwischen Kommission und nationaler Regulierungsbehörde über die Missbräuchlichkeit von Verhaltensweisen des Marktsbeherrschers einstellen sollten. Im zweiten Teil seines Beitrags geht der Autor der rechtspolitischen Frage nach, ob die Einrichtung einer von der Kommission unabhängigen europäischen Regulierungsinstanz sinnvoll erscheint. Der Autor hält dies derzeit für nicht erstrebenswert. Er plädiert stattdessen dafür, die allgemeine Tendenz zur Sektoralisierung und die drohende Zersplitterung des

Wettbewerbsrechts aufzuhalten und die bisher besonders regulierten Wirtschaftsbereiche einer umfassend zuständigen Wettbewerbsaufsicht zu unterstellen.

Rossen-Stadtfield, Helge: Medienaufsicht unter Konvergenzbedingungen. – S. 36 – 46

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie Medienaufsicht auf die Herausforderungen reagieren kann, die sich im Zusammenhang mit der sog. Konvergenz stellen. „Der Begriff der Konvergenz fasst die Annahme zusammen, dass die Entwicklung von Rundfunk, Telekommunikation und Mediendiensten auf Pfaden verläuft, die sich einander immer weiter annähern, um sich schließlich vollständig zu überdecken.“ Derzeit sind nach Auffassung des Autors im Wesentlichen drei Prozesse auszumachen: Ausweitung der Übertragungskapazitäten, Ausdifferenzierung neuer Medienangebote und zunehmende Kompatibilität. Neben diesen Prozessen sei insbesondere auf die medienkulturelle Bedeutung der Konvergenz hinzuweisen: die Auflösung medienkultureller Grenzlinien und interner Differenzierungen. In diesem Zusammenhang setzt ich der Autor mit Fragen gesellschaftlicher Integration auseinander. Nach einer Beschreibung des – nach Auffassung des Autors kaum zu überblickenden – Status quo der für Rundfunk, Telekommunikation und Mediendienste geltenden Rechtsgrundlagen und der Organisation der Aufsicht werden in diesem Beitrag zwei Optionen einer Neugestaltung der Aufsichtsstruktur analysiert: eine Bund-Länder-Anstalt, dessen Leitungsgremium mit echten Entscheidungsbefugnissen ausgestattet ist, und eine Gemeinschaftsanstalt der Länder. Als Nachteil der ersten Option wertet es der Autor, dass sie als Form der Mischverwaltung eine Änderung des Grundgesetzes voraussetze. Im Rahmen der zweiten Option könnte die Kooperation mit der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post durch Abstimmungspflichten und -verfahren bis hin zu konkreten Benemenserfordernissen gesetzlich abgesichert werden. Kompetenzerrechtlich sei eine gemeinsame Länderanstalt im Bereich des Rundfunks keinen Bedenken ausgesetzt.

Platho, Rolf: Werbung, nichts als Werbung – und wo bleibt der Trennungsgrundsatz?: Eine Erwiderung auf Ladeur, ZUM 1999, 672. – S. 46 – 55

Der Beitrag stellt eine Erwiderung auf den Aufsatz von Karl-Heinz Ladeur, Neue Werbeformen und der Grundsatz der Trennung von Werbung und Programm, dar (ZUM 1999, Heft 10, S. 672 – 682). Dieser hatte angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen den Trennungsgrundsatz in Frage gestellt und für ein durch eine externe Sachverständigenstelle kontrolliertes Qualitätsmanagement plädiert. Der Autor dieses Beitrags spricht sich für die Beibehaltung des Trennungsgrundsatzes aus. Er sei flexibel genug, um den veränderten Lebenswirklichkeiten angepasst werden zu können, ohne das Prinzip aufzugeben zu müssen. Die Differenzierungsfunktion des Trennungsgrundsatzes bleibe unberührt. Den Vorschlag Ladeurs, Qualitätsmanagement durch ein Audit-Verfahren sicherzustellen, hält der Autor dieses Beitrags angesichts des verfassungsrechtlichen Gebots der Programmfreiheit für problematisch. „Dabei spielt es für die Verfassungswidrigkeit keine Rolle, dass Elemente der Selbstregulierung eingebaut sind.“